

DEUTSCHE POLIZEI

MAI 2016 ZEITSCHRIFT DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI



1. Mai – Ein Tag wie jeder andere



Auch die tapfersten Beschützer brauchen **zuverlässigen Schutz.**

Als Polizeibeamter sorgen Sie für Sicherheit. Aber wer sorgt für Ihre Sicherheit? Verlassen Sie sich am besten auf einen starken Partner – auf SIGNAL IDUNA. Die zur SIGNAL IDUNA Gruppe gehörende PVAG Polizeiversicherungs-AG bietet Ihnen speziell auf Ihre Bedürfnisse zugeschnittene Absicherungslösungen. Schließlich kennen wir die besonderen Risiken, die Ihr Dienst mit sich bringt. Informieren Sie sich jetzt!

SIGNAL IDUNA Gruppe
Unternehmensverbindungen Öffentlicher Dienst
Joseph-Scherer-Straße 3
44139 Dortmund
Telefon 0231 135-2551
polizei-info@pvag.de

SIGNAL IDUNA 
gut zu wissen

FRAUENGRUPPE



Foto: Holecek

Dagmar Hölzl, GdP-Bundesfrauenvorsitzende: „Teilzeitarbeit ist ein wesentlicher Faktor zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird überwiegend von Frauen praktiziert. Deshalb ist Führen in Teilzeit auch gezielte Frauenförderung.“ **Seite 14**

GEWALT GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST



Foto: Holecek

Malchow: „Die Autorität des Staates darf nicht weiter durch Debatten über lahme und nichtsnutzige Beamte untergraben werden. Auch die Ideologie von der angeblich besseren Aufgabenerledigung durch Private hat das Ansehen des Staates und seiner Beschäftigten beschädigt.“ Niemand wolle einen autoritären Obrigkeitsstaat zurück, „aber ein schwacher Staat nutzt nur den Rücksichtslosen und Stärkeren“.

Seite 18

FORSCHUNG

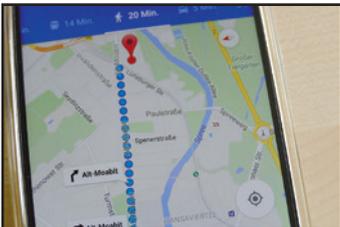


Foto: Zielasko

„Für den individuellen Polizisten ist die Lage noch viel bedrohlicher: Er bewegt sich spätestens mit der Nutzung seiner privaten internetbasierten Möglichkeiten in einem bis dato noch weitgehend unregulierten Bereich, in dem die Möglichkeiten eines gesteigerten Arbeitserfolges den Gefahren einer unter Umständen nicht rechtlich abgedeckten, möglicherweise auch gar nicht absehbaren Handlungsfolge gegenüberstehen“, sagt Prof. Dr. Peter Löbbbecke. **Seite 35**

INHALT

Mai 2016

- 2 **TARIFVERHANDLUNGEN** Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation
- 3/38 **FORUM**
- 4 **TITEL/1. Mai** Dieser Feiertag ist noch immer Einsatztag
- 10 **BEREITSCHAFTSPOLIZEI** Der BePo-Burn-out – „Mal alles rauslassen“
- 12 **GESPRÄCHE** BKA-Präsident zu Gast in Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle
- 13 **FRAUENGRUPPE** Engagierte GdP-Kolleginnen gesucht
- 14 Teilzeit darf nicht das Ende der Erwerbskarriere einläuten
- 18 **GEWALT GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST** Ein schwacher Staat nutzt nur den Rücksichtslosen
- 22 **PREISVERLEIHUNG** Wettbewerb „Die Gelbe Hand“: Engagement der Jugend gegen Rassismus prämiert
- 25 **BILDUNG** „Rolle der Polizei im NS-Staat“
- 27 **SOZIALES** 24-Stunden-Kita: Streit um Betreuung zu ungewohnten Zeiten
- 31 **GESCHICHTE** Kurras, die DDR-Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei – Welchen Einfluss hatte das MfS?
- 35 **FORSCHUNG** Wie nutzen angehende Polizistinnen und Polizisten in Sachsen-Anhalt mobile Kommunikations- und Internettechnik?
- 40  **SERVICE** Nicht nur für Senioren: Das neu erstellte GdP-Programm „APS-Vorsorge“
- 40 **IMPRESSUM**



Angebot der Arbeitgeber ist eine Provokation

Eine überraschende Wendung nahm die 2. Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am Nachmittag des 12. April, als nach stundenlangen internen Beratungen die Kommunalen Arbeitgeber und Bundesinnenminister Thomas de Maizière den Gewerkschaften des öffentlichen

Tarifrunde unterbreitet hätten. Es bleibe weit unter den Angeboten in der freien Wirtschaft. Philipp: „Dieses Angebot ist absolut nicht hinnehmbar angesichts der Leistungen, die die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes insbesondere auch im Bereich der inneren Sicherheit für die Bürgerinnen und Bürger erbringen. Faktisch würde die Lohnerhöhung

Beginn der 3. Runde Ende April wollten sie den Arbeitgebern „einheizen“, da das Angebot eine Provokation sei.

Da die möglicherweise entscheidende Runde nach Redaktionsschluss dieser Ausgabe liegt, ist die aktuelle Berichterstattung über ein mögliches Ergebnis der Tarifverhandlungen für Bund und Kommunen auf der Homepage der GdP www.gdp.de oder der GdP-App zu finden.

An dieser Stelle daher ein Rückblick auf den bisherigen Verlauf der Verhandlungen.

Mit einem eindringlichen Hup- und Pfeifkonzert hatten Kolleginnen und Kollegen der Gewerkschaft der Polizei (GdP) die Verhandlungsführer des Bundes und der Kommunen, Bundesinnenminister Thomas de Maizière und Thomas Böhle, Präsident der kommunalen Arbeitgebervereinigung (VKA), zur zweiten Runde der Tarifverhandlungen für die Beschäftigten des öffentlichen Dienstes am 11. April in Potsdam empfangen. Bei der ersten Verhandlungsrunde am 21. März hatten die Arbeitgeber kein Angebot vorgelegt. Die Positionen zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften lägen zu weit auseinander, hatten de Maizière und Böhle betont. Malchow und Philipp forderten



Klare Ansage der zahlreichen Demonstranten bei den Potsdamer Verhandlungen: „Wir lassen uns nicht rupfen“.

Dienstes ein Angebot vorlegten, das der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow als „eine Ohrfeige für alle Beschäftigten“ bezeichnete. Malchow: „Das Angebot ist schockierend und dreist. Während die öffentlichen Kassen von Steuereinnahmen nahezu überquellen und allein im nächsten Jahr mit einer massiven Steigerung der Steuereinnahmen bei Bund und Kommunen gerechnet wird, wollen die Arbeitgeber den Kolleginnen und Kollegen im öffentlichen Dienst einen faktischen Reallohnverlust zumuten.“

Das vorgelegte Angebot sieht im Wesentlichen eine Erhöhung der Entgelte um 1 v.H. ab 1. Juni 2016 und ab 1. Juni 2017 um 2 v.H. vor und ist, so Kerstin Philipp, stellvertretende Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden Bundesvorstand zuständig, eines der niedrigsten, das die öffentlichen Arbeitgeber in einer



(v.l.) ver.di-Chef Frank Bsirske, ver.di-Vorstand Wolfgang Pieper, die GEW-Vorsitzende Marlis Tepe und GdP-Tarif-Vorstand Kerstin Philipp bei der Pressekonferenz zum Arbeitgeber-Angebot. Fotos (2): Holecsek

ab Inkrafttreten einer Einigung in diesem Sommer zunächst nur 0,6 Prozent für 2016 und 1,2 Prozent für 2017 ausmachen. Das wird unsere Kolleginnen und Kollegen auf die Palme bringen.“

Die Gewerkschaften des öffentlichen Dienstes kündigten Aktionen und Warnstreiks an. Bis zum

Bund und Kommunen auf, sich in Richtung der Gewerkschaftsforderungen zu bewegen.

Oliver Malchow: „Wir erwarten eine deutliche Steigerung der Realeinkommen um sechs Prozent. Die Polizei hat die Herausforderungen an die innere Sicherheit durch Terrorismus,



Fußballeinsätze, politische Demonstrationen und den Zustrom von Flüchtlingen mit beispielloser Einsatzbereitschaft angenommen. Diese Leistung muss auch honoriert werden. Da kommt es nicht gut rüber, wenn die Arbeitgeberseite damit trösten will, dass es keine Nullrunde geben solle.“

Die Forderungen der Gewerkschaften, so die Arbeitgeber, seien überzogen, insbesondere bei der Betrachtung der Tarifforderungen und Verhandlungsergebnisse der anderen Branchen. Auch die wirtschaftliche Lage und die niedrige Inflationsrate rechtfertigten die Gewerkschaftsforderungen nicht, so die Arbeitgeber. Jede,

„Wir erwarten eine deutliche Steigerung der Realeinkommen um sechs Prozent.“

Oliver Malchow, GdP-Bundesvorsitzender

auch minimale Erhöhung sei bereits eine reale Einkommenssteigerung, argumentierten sie.

Philipp: „Seit Jahren erleben wir, dass den öffentlichen Arbeitgebern kein Argument zu schwach ist, die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des öffentlichen Dienstes nicht an der wirtschaftlichen Entwicklung teilhaben zu lassen.“

Der Präsident der VKA, Böhle, hatte bereits im Vorfeld versucht, die Flüchtlingskrise gegen die Forderungen der Beschäftigten auszuspielen.

Als besonders schwierig erweist sich auch in dieser Tarifrunde für den öffentlichen Dienst die Vorstellungen der Arbeitgeber über die Zusatzversorgung. Die Vereinigung kommunaler Arbeitgeber (VKA) hielt daran fest, Eingriffe in das Leistungsrecht der Zusatzversorgung vornehmen zu wollen. GdP-Vize Philipp: „Das wird auf den erbitterten Widerstand der Beschäftigten stoßen, die schon in den letzten Jahrzehnten kräftige Kürzungen im gesetzlichen Rentenrecht hinnehmen mussten. Nur mit einer angemessenen Zusatzversorgung lässt sich bei den Beschäftigten des öffentlichen Dienstes eine Altersarmut verhindern.“

Rüdiger Holecek

Zu: Lesermeinung „Wir brauchen Verstärkung“ von Dr. Reuter, DP 3/16

Mit großem Interesse las ich in der letzten DP die Meinung des Dr. Reuter aus Hennef zum Thema „Wir brauchen Verstärkung“. In vielen Beispielen stimmte ich zu. Jedoch sein nachfolgendes Beispiel erlebe ich in meiner zehnjährigen Gleichstellungsarbeit anders: Zudem ist die Zahl der Teilzeitbeschäftigten, besonders bei Frauen nach Schwangerschaft, ständig gestiegen. Nehmen sie ihren Dienst, wenn überhaupt, in Teilzeit wieder auf, werden sie im Tagesdienst und Sachbearbeitung eingesetzt. Für den Wach- und Wechseldienst stehen sie nicht mehr zur Verfügung.

In den vergangenen zehn Jahren verbesserte sich durch viele individuelle Möglichkeiten zur Vereinbarung von Beruf und Familie eine frühe Wiedereingliederung von Müttern im Wach- und Wechseldienst erheblich. Die Zeiten des Erziehungsurlaubs wurden und werden weiterhin kürzer. Der Stundenanteil bei wiedereinzugliedernden Teilzeitbeschäftigten liegt zumeist bei circa 20 Stunden, erhöhen sich aber zumeist in kürzeren Abständen auf einen Anteil von etwa 30 Stunden, die auch im Wach- und Wechseldienst vollschichtig geleistet werden. Besonders hervorheben möchte ich die Vollzeit beschäftigten Mütter, die ihren Dienst vollschichtig im Wach- und Wechseldienst tätigen! Alle Beamtinnen werden grundsätzlich wieder auf der Dienststelle eingesetzt, von wo aus sie in Mutterschutz und anschließenden Erziehungsurlaub gingen, auch im Wach- und Wechseldienst.

Ich würde mich freuen, wenn die Gewerkschaft der Polizei das Bild der teilzeitbeschäftigten Mütter, die in den vergangenen zehn Jahren überwiegend nach kurzem Erziehungsurlaub wieder in ihren Beruf zurückkehren, positiver begleiten und darstellen würden. Vielleicht ist das ein Anreiz an die Frauengruppe ihrer Gewerkschaft, mal eine landesweite Statistik zu erheben oder hier zu präsentieren, wie der durchschnittliche Anteil von Erziehungsurlaub beziehungsweise Teilzeitanteil der Beamtinnen in den einzelnen Behörden und Direktionen

ist und damit das durchaus große Engagement der Polizeibeamtinnen würdigen.
Uta Kugland, Hennef

Zu: 19. Europäischer Polizeikongress, DP 4/16

Wenn sich Kanzleramtschef Altmaier schon nicht daran erinnern kann, dass der Polizei noch nie so viel abverlangt wurde wie jetzt, sollte er sich mit seinen politischen Freunden wenigstens daran erinnern, dass man die, von denen man viel fordert, auch gut bezahlt. Wenn die Politik uns so gut bezahlen würde, wie sie uns lobt und die Medien uns so behandeln, wie wir es verdienen, hätten wir schon zwei Sorgen weniger.

Denn wenn 170.000 Wohnungseinbrüche im Jahr schon zum polizeilichen Alltagsgeschäft gehören und das Ansprechen der Realität in der Flüchtlingspolitik „Futter für Scharfmacher“ genannt wird, stimmt was nicht mehr. Was nützen uns Experten und studierte Besserwisser, die – hinterher immer schon alles vorher gewusst haben und auch genau wissen, was nicht geht – plötzlich ihr Herz für die Polizei entdecken, dann weiß ich, dass wir auf eine Breit-Band-Krise zusteuern. Und sollten dann noch Orden verteilt werden, ist es so weit.

Günter Klinger,
Landesseniorenvorsitzender Bayern

Fortsetzung auf Seite 38

Die Redaktion behält sich vor, Leserbriefe zu kürzen, um möglichst viele Kolleginnen und Kollegen zu Wort kommen zu lassen. Abgedruckte Zuschriften geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Anonyme Zuschriften werden nicht berücksichtigt.

Kontakt zur Redaktion:

GdP-Bundesvorstand
Redaktion DEUTSCHE POLIZEI
Stromstraße 4
10555 Berlin
Tel.: 030/39 99 21-113
Fax: 030/39 99 21-200
E-Mail:
gdp-pressestelle@gdp.de



Dieser Feiertag ist noch immer Einsatztag

Der 1. Mai ist für viele Menschen hierzulande ein Feiertag, ein freier Tag zum Besuch von Gewerkschaftsveranstaltungen, Maifesten, Entspannen oder zum Spaziergehen. Bei vielen Polizistinnen und Polizisten hingegen müssen Ehepartner, Kinder oder Freunde – schon traditionell – den Tag selbst gestalten. Denn für die Männer und Frauen in Uniform steht auch am 1. Mai 2016 ein meist sehr anstrengender Arbeitstag bevor – je nach Lage. Alle Jahre wieder treffen sich deutschlandweit Hunderttausende Menschen zu Kundgebungen und Demonstrationen, müssen Hunderte Veranstaltungen landauf und landab polizeilich begleitet werden. Die Planungen der Einsatzstäbe beginnen schon viele Wochen vorher. Gespräche mit den Anmeldern von Aufzügen und Straßenfesten, Abstimmungen zu den gewünschten Demonstrationrouten, Einschätzungen zu möglichem Gewaltpotenzial, entsprechendes Festlegen des Einsatzkräfteumfangs, Anforderungen zu Unterstützungskräften aus anderen Bundesländern. Viel Routine könnten Außenstehende meinen, jedoch entscheidend für eine jederzeit beherrschbare Sicherheitslage.

Die Anzahl von Einsatzanlässen steigt stetig. Allein in Berlin fanden im vergangenen Jahr statistisch ge-

sehen jeden Tag 14 Demonstrationen statt: Diese über 5.000 öffentlichen Versammlungen bedeuten eine Ver-

doppelung der Zahl zum Jahr 2012. In anderen Großstädten sind ähnliche Entwicklungen festzustellen. Die polizeilich Verantwortlichen sorgen mit ihren langjährigen Erfahrungen für eine professionelle Vorbereitung und polizeiliche Begleitung der Aufmärsche, spielen zugleich auch mögliche Reaktionen bei Störungen von Teilnehmern durch. „Doch dies darf nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Herausforderungen für unsere Kolleginnen und Kollegen geändert haben. Die nicht selten festzustellenden Eskalationen steuern das ihre bei, um die Zahl der Einsätze zu erhöhen. Neu ist vor allem die Abfolge der Einsätze, die Dimension der Gewaltbereitschaft in manchen gesellschaftlichen Gruppen“, betont der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow gegenüber DEUTSCHE POLIZEI (DP).



Foto: Zielasko

Mai 2001

**GdP-Bundesvorsitzender
Konrad Freiberg:**

„Wenn sich offenbar nur noch mit Großeinsätzen der Polizei schlimmste Ausschreitungen verhindern lassen, mit denen heute zu jedem beliebigen Anlass zu rechnen ist, muss der Personalabbau bei der Polizei sofort gestoppt werden.“

Eine besondere Qualität hat das Auftreten der sogenannten Event-Hopper erreicht. Ein großer werdendes Problem ist in diesem Zusammenhang die vermehrte „Dokumentation“ der polizeilichen Maßnahmen mithilfe von Handy-Mitschnitten per Foto oder Video. Dieses Vorgehen erschwert den Einsatzkräften zunehmend die Arbeit. „Die dann über die neuen Medien und sozialen Netzwerken verbreiteten Bilder stellen zunehmend auch Eingriffe in die Privatsphäre der Polizistinnen und Polizisten dar“, gab Malchow zu bedenken. Zudem seien die Bilder häufig einseitig und oft polarisierend, da meist nur Ausschnitte des wirklichen Geschehens verbreitet werden.

Immer friedlicher, oder?

Ist denn diese Aufregung um die Belastungen rund um den Mai-Feiertag überhaupt begründet, könnten jahrelange Beobachter des Geschehens fragen. Schließlich hat Berlins Innensenator Frank Henkel (CDU) am Tag danach im vergangenen Jahr bilanziert: „Das war zahlenmäßig der friedlichste 1. Mai, den es seit Beginn der Ausschreitungen 1987 gegeben hat.“ Und der hauptstädtische Polizeipräsident Klaus Kandt erklärte: „Die Anzahl der verletzten Polizisten ist die niedrigste Zahl seit über 20 Jahren.“

Die in diesen offiziellen Statements anklingende Euphorie fand bei der Gewerkschaft der Polizei (GdP) wenig Widerhall. „Wir können erst zufrieden sein, wenn alle Demonstrationen am 1. Mai mit einer Handvoll Polizeibeamtinnen und -beamten in normaler Uniform begleitet werden können, statt mit tausenden Einsatzkräften in schwerer Sicherheitsausrüstung“, stellt der GdP-Bundesvorsitzende klar, der sich wie weitere Vertreter des Ge-



Foto: Holecek

schäftsführenden Bundesvorstandes am Tag der für die Polizei sprichwörtlichen Arbeit immer wieder ein Bild von der Einsatzlage macht.

„Erst wenn keine Steine, Flaschen und Knallkörper mehr auf Polizistinnen und Polizisten geworfen werden, sprechen wir von einem friedlichen 1. Mai“, bewertet Malchow den bundesweiten Einsatz der Polizeien von Ländern und Bund rund um das Demonstrationsgeschehen. „Im ganzen Bundesgebiet sorgen Zehntausende meiner Kolleginnen und Kollegen für die Sicherheit bei Tausenden von Veranstaltungen am 1. Mai. Dafür gehören ihnen Dank und Anerkennung, aber auch ihren Familien und Freunden. Denn die müssen jedes Jahr wieder an diesem Tag die Freizeit ohne ihre Väter und Mütter, Partnerinnen und Partner verbringen. Und dieser Umstand trifft je nach Sicherheitslage auch auf andere Feiertage zu.“

Von Friedlichkeit noch keine Rede

Auch wenn die überwiegende Zahl der Demonstrationen friedlich verläuft, gebe es immer wieder massive Angriffe auf Einsatzkräfte, verletzte

Mai 2006

**GdP-Bundesvorsitzender
Konrad Freiberg:**

„Am vergangenen Wochenende war nahezu jeder Polizeibeamte und jede Polizeibeamtin im Einsatz. Eine weitere Großlage hätten wir nicht mehr verkraftet.“

Kolleginnen und Kollegen. „Das ist nicht hinnehmbar. Von Friedlichkeit kann auch dann keine Rede sein, wenn allein eine starke Präsenz der Polizei, eine kluge Einsatztaktik und professionelles Handeln der Einsatzkräfte größere Gewaltausbrüche verhindern“, sagt Malchow. Er zeigt sich zwar erfreut, dass die Zahl der verletzten Kolleginnen und Kollegen und der festgenommenen Straftäter zumindest in Berlin rückläufig ist. Jedoch hatten 2015 beispielsweise in Hamburg, wo 34 Einsatzkräfte verletzt wurden, linksautonome Gewalttäter zunächst den Schutz des Versammlungsrechts missbraucht, um massiv die eingesetzten Polizeikräfte anzugreifen.



Selbst Steinplatten fliegen

Vor Ort im Einsatz ist am 1. Mai der Vorsitzende des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei, Jürgen Herdes, mit schleswig-holsteinischen Unterstützungskräften. Seine Erfahrungen besagen, dass bei diesen Lagen immer höchste Konzentration vonnöten ist. „Oft ist ein sehr gewaltbereites Gegenüber anzutreffen, durch Stein-, Flaschen- und Böller-Würfe sind in der Vergangenheit immer wieder Kollegen



Foto: Zielasko

verletzt worden. Selbst Steinplatten fliegen Richtung Polizei. Während vieler Einsätze wird einem klar, worauf es einige Demonstrationsteilnehmer abgesehen haben; die gewaltsame Konfrontation mit der Polizei.“ So werden Einsatzkräfte hier und da bereits nach kurzem Marschweg mit Flaschen, Steinen und Feuerwerkskörpern beworfen.

Die Spitze der Gewalt in jüngster Vergangenheit in Hamburg stellte ein versuchtes Tötungsdelikt durch den Wurf zweier sogenannter Molotowcocktails in ein mit zwei Beamten besetztes Polizeifahrzeug dar. Glücklicherweise zündeten diese Brandsätze nicht.

Mai 2008

**GdP-Bundesvorsitzender
Konrad Freiberg:**

„Es ist unverantwortlich, wenn die Justiz die wohl überlegten und aus der Erfahrung heraus gebildeten polizeilichen Maßnahmen torpediert und so die Einsatzkräfte in ein Kreuzfeuer linker und rechter Gewalt schickt.“

Bereitschaftspolizei überlastet

Sein Kollege Clemens Murr, im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für die Bereitschaftspolizei (BePo) verantwortlich, verweist in einem Interview mit DEUTSCHE POLIZEI darauf, dass der von der GdP seit Jahren kritisierte Personalabbau vor der BePo keinen Halt gemacht habe. „Es kommt häufiger vor, dass Unterstützungsgesuche von Ländern nicht erfüllt werden können“, sagt der gebürtige Münchner, der seit 1986 Polizist und Kollege ist, und viel Dienstzeit in der Bereitschaftspolizeiabteilung Dachau verbracht hat. Durch die Spardiktate der Bundesländer seien die Bereitschaftspolizeien mancherorts in ihrer Gesamtstärke und somit auch die geschlossenen Einheiten auf ein nicht mehr zu vertretendes Maß reduziert worden. Selbst überschaubare Einsatzlagen hätten nicht mehr mit eigenen Kräften bewältigt werden können. „Es ist jedoch nicht unbegrenzt möglich, auf die Unterstützung anderer Länder zu bauen.“ Es fehle ein klares, bundesweites politisches Bekenntnis zu den Bereitschaftspolizeien und eine damit einhergehende entsprechende personelle Ausstattung, betont Murr. Der in Mainz erscheinenden „Allgemeinen Zeitung“ hatte der BePo-Experte gesagt, dass die tatsächliche personelle Stärke der Hundertschaften nirgendwo die Sollstärke erreiche, „sei es aus Kostengründen, sei es vereinzelt auch wegen Nachwuchsproblemen“.

Als einen beachtenswerten Erfolg gewerkschaftspolitischen Nachhakens bezeichnet der 50-jährige Bayer unterdessen, dass beispielsweise Massenunterbringungen in Turnhallen anlässlich von Großeinsätzen mittlerweile der Vergangenheit angehören. Der Stellenwert der Bereitschaftspolizeien in Bund und Ländern müsse

aber weiter erhöht werden. „Wir sind ein immens wichtiger, nicht wegzudenkender Pfeiler im sicherheitspolitischen Gesamtgefüge. Die politisch Verantwortlichen sind daher dringend gehalten, Spardiktate nicht auf dem Rücken der Polizei und damit auch der Bereitschaftspolizeien des Bundes und der Länder auszutragen“, sagt er. Murr fordert die bestmögliche Personal-, aber auch eine optimale Sachausstattung zur Bewältigung „unserer mannigfaltigen Aufgaben“. Zudem seien die gezielte rechtliche wie taktische Schulung und Fortbildung für Führungs- wie Einsatzkräfte notwendig. Nur so könne ein gleichmäßig hoher Einsatzwert gewährleistet werden.

Informationsaustausch bis zum letzten Tag

Wie es in diesem Jahr in der Hauptstadt, Hamburg oder anderenorts wird, ob es relativ ruhig bleibt oder zu massiven Auseinandersetzungen kommt, ist im Vorfeld schwer einschätzbar. Die Sicherheitsbehörden jedenfalls tauschen bis zum letzten Tag alle Informationen aus den jeweiligen Szenen aus,

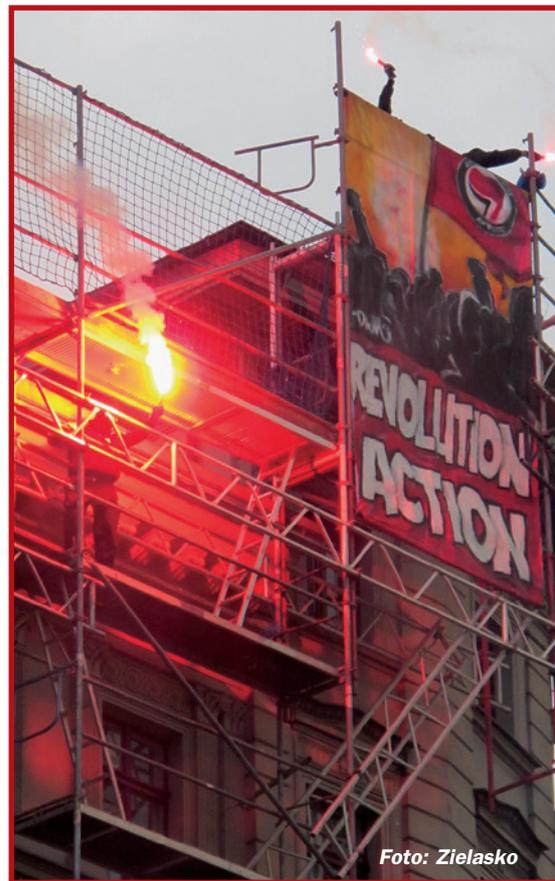


Foto: Zielasko



1. MAI

ob links oder rechts, um entsprechend gewappnet zu sein und nicht von Randalierern überrascht zu werden. Wie beispielsweise in Thüringen im vergangenen Jahr. Als neue Qualität bezeichneten Polizeigewerkschafter später die unvermittelten Angriffe gewaltsuchender Rechtsextremisten auf friedliche Gewerkschaftsdemonstrationen. „Nach den feigen Angriffen von Neonazis auf friedliche Arbeitnehmer 2009 in Dortmund erleben wir jetzt in Weimar eine Neuauflage“, hieß es. Etwa 40 Neonazis hatten 2015 die Gewerkschaftskundgebung in der Stadt Goethes und Schillers gestürmt. Dem Thüringer Innenministerium zufolge wurde gegen mehr als zwei Dutzend Tatverdächtige aus Sachsen, Brandenburg, Hessen und Thüringen Ermittlungen aufgenommen. Sie attackierten auch den aus Erfurt stammenden SPD-Bundestagsabgeordneten Carsten Schneider, der gegenüber Nachrichtenagenturen von einer „von vorn bis hinten“ durchorganisierten Aktion der Neonazis sprach.

GdP mitten im Einsatz

Bundesweit im Fokus am 1. Mai steht seit Jahrzehnten das Myfest im Berliner Stadtteil Kreuzberg und die traditionelle Revolutionäre 1.-Mai-Demo mit vielen tausend erwarteten Teilnehmern am Abend. Die Polizei sagte dieses Mal nein zu dem Ansinnen, dass der Aufzug auch quer durch das Fest verläuft, und löste damit Protest bei den Anmeldern aus, einem Bündnis linker Gruppen und Parteien.

Nach Einschätzung von Polizeiexperten sorgen in der Hauptstadt das massive Aufgebot sowie das professionelle Handeln und die umsichtige Taktik der Einsatzkräfte mittlerweile für einen insgesamt recht friedlichen Verlauf der Aufzüge. Angefachte Scharmützel, vor allem durch den sogenannten Schwarzen Block, konnten so schnell unterbunden und identifizierte Straftäter aus der Menge herausgeholt werden. 2015 waren 4.500 Berliner Polizisten und 1.700 Kolleginnen und Kollegen aus anderen Bundesländern für die Gewährleistung der Sicherheit unterwegs. Wie sich die Demonstrationslage dieses Jahr in der Hauptstadt darstellen sollte, war bei Redaktionsschluss dieser Ausgabe noch nicht endgültig geklärt. Es gab jedoch Aufrufe im Internet und Anmeldungen von Aufzügen rund um



Foto: Zielasko

den 1. Mai von linken und rechten Gruppierungen in anderen Städten im Bundesgebiet. Die Polizei zeigte sich gelassen, aber gut vorbereitet.

Mindestens 20 Millionen Überstunden

Mai 2011

GdP-Bundesvorsitzender Bernhard Witthaut:

„Dieses Gewaltpotenzial kann auch nicht mehr mit dem Hinweis auf eine überwiegende Mehrheit friedlicher Demonstranten kleingeredet werden. Auch hier zeigen zu viele Sympathien mit den Gewalttätern. Was in den vergangenen Nächten abgelaufen ist, hat mit Demonstrationsfreiheit nichts zu tun. Hier waren tausende Vermummte unterwegs mit dem klaren Ziel, zu verletzen und zu zerstören.“

Durch die vielen Einsätze und dem Personalmangel bei der Polizei haben sich bundesweit mindestens 20 Millionen Überstunden angehäuft. Allein in Nordrhein-Westfalen seien über 3,6 Millionen aufgelaufen, sagt der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und Landeschef von Nordrhein-Westfalen Arnold Plickert. Aufgrund der Überforderung sei bereits jetzt die Polizei „leider nicht überall sofort zur Stelle“, wo sie normalerweise gefragt sei. „Wer glaubt, diese Überstunden ließen sich jemals wieder abfeiern, macht sich Illusionen“, betont er. Aufgrund der aktuell vielen Ereignisse und auch wegen der anhaltenden Terrorgefahr gerate die Polizei in Deutschland daher immer mehr an die Grenze ihrer Belastbarkeit, in einigen Bereichen sei diese schon überschritten. „Deshalb kommt man nicht an unserer Forderung vorbei, für die Kolleginnen und Kollegen Lebensarbeitszeitkonten einzurichten“, hebt Plickert hervor.

GdP-Kollegen vor Ort

Selbstverständlich gewährleisten die GdP-Landesbezirke wie in vie-



1. MAI

len Jahren zuvor auch am jetzigen 1. Mai wieder eine umfangreiche Betreuung der eingesetzten Polizistinnen und Polizisten. „Viele Personalräte, Funktionsträger und freiwillige Helfer sind dann bis in die Nacht unterwegs, um Kolleginnen und Kollegen mit Erfrischungen zu versorgen, sich nach eventuell aufgetretenen Problemen zu erkundigen oder nur mal ein paar freundliche Worte zu wechseln“, sagt die stellvertretende GdP-Bundesvorsit-

men: „Die GdP ist an eurer Seite!“.

Fußball gespielt wird auch noch

Der massive Personalabbau bei der Polizei in den Ländern und im Bund wird gerade rund um den 1. Mai sehr deutlich. Denn neben den vielen Demonstrationen und Kundgebungen, die es zu schützen gilt, finden auch viele Fußballspiele statt, die eine

ministerkonferenz halten, zeugt von großem Verantwortungsbewusstsein aller Beteiligten“, erklärt hierzu Klaus Bouillon, Vorsitzender der Ständigen Konferenz der Innenminister und -senatoren der Länder.

Die diesjährige DFL-Entscheidung wird auch von der GdP begrüßt. Der stellvertretende Bundesvorsitzende und Chef des Bezirks Bundespolizei, Jörg Radek, betont: „Fußballverantwortliche und Polizei wissen aus Ge-

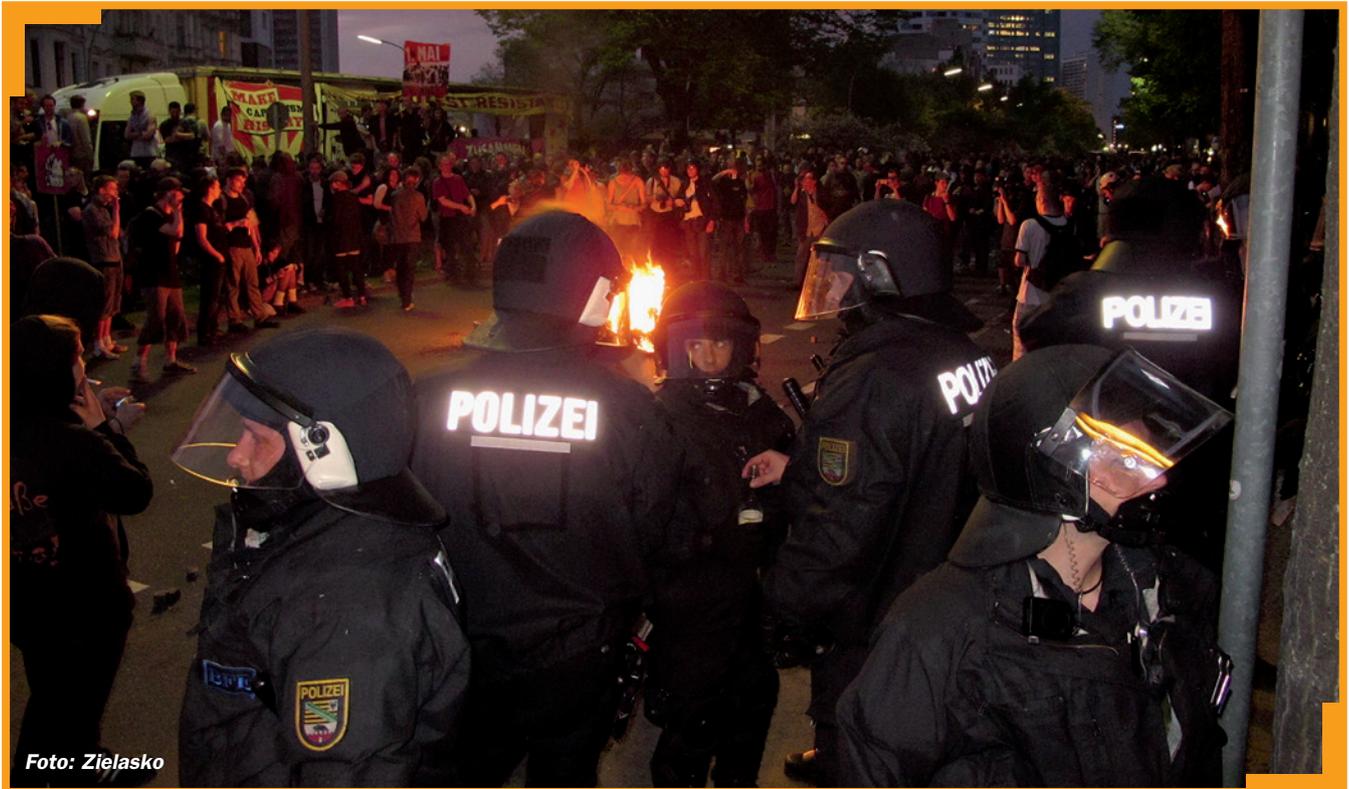


Foto: Zielasko

Mai 2013

GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow:

„Ich wünsche mir, dass meine Gewerkschaftskolleginnen und -kollegen den 1. Mai als Möglichkeit nutzen können, ihre eigenen Interessen bei Demonstrationen und Kundgebungen zum Ausdruck zu bringen.“

zende und Berlins Landeschefin Kerstin Philipp. Gerade in diesen langen und oft zermürbenden Einsatzstunden werde die Botschaft gerne aufgenom-

enorme Anzahl von Einsatzkräften bindet. Wo soll diese Entwicklung enden, wenn heute schon Hundertschaften im zweistelligen Bereich eingesetzt werden müssten, um mancherorts ein Spiel der Fußball-Oberliga vor randalierenden Fans zu schützen, so Sicherheitsexperten.

Die Folge: Die Deutsche Fußball Liga (DFL) musste auf Wunsch der Sicherheitsbehörden den 32. Spieltag so terminieren, dass am 1. Mai keine Spiele sind. In einem sogenannten Zehn-Punkte-Plan von 2010 hatte die Politik vom Ligaverband gefordert, keine Begegnungen am Mai-Feiertag anzusetzen, weil die Polizei an diesem Tag durch Kundgebungen und Demonstrationen stark ausgelastet ist. „Dass sich der Ligaverband und die DFL an die Empfehlung der Innen-

sprächen, dass die sprichwörtliche Parallelität der Ereignisse die Polizei an die Belastungsgrenze führt. Die Gestaltung des Spieltages zeigt, dass der Deutsche Fußballbund und die DFL unseren Argumenten gegenüber aufgeschlossen sind. Es gibt also Lösungen, die die Polizei-Einsätze bei Fußball und Mai-Kundgebungen ermöglichen.“

Spielabsagen lösten das Problem nicht. Dafür, dass die Polizei zu wenig Personal hat, tragen die Parlamente der Länder die Verantwortung und nicht der Fußball.

Insgesamt ist wieder einmal feststellbar, so das Fazit von GdP-Funktionären, dass sich die steigende Einsatzintensität nicht mit dem Rotstift der Haushälter im Personalwesen verträgt. „Deshalb muss sich schnell etwas än-



dern, ansonsten ist es der direkte Weg zur Polizei ohne Wochenende“, warnt Radek auch mit Blick auf die Bundespolizei und die Bereitschaftspolizei.

Flagge zeigen

Und da ist ja auch noch die Problematik, dass vielen GdP-Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, sich am Tag der Arbeit an der Seite anderer Gewerkschafter aktiv für ihre Belange einzusetzen, seit vielen Jahren regelmäßig versagt bleibt. Warum das aber so wichtig wäre, im guten Streit um bessere Arbeitsbedingungen größere Präsenz zu zeigen, er-

läutert der stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und niedersächsische GdP-Landeschef, Dietmar Schilff. Von jeher seien es die Gewerkschaften, die Druck machten für positive Veränderungen, die „ausdrücklich etwas anderes sind, als die von Arbeitgebern und Politikern so betriebenen Reformen und Strukturveränderungen“. Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte engagierten sich, seit es sie gibt, für die Menschen und ihre Arbeits- und Lebensumstände, egal ob sie Arbeit haben oder arbeitslos sind. Gewerkschaften sowie Betriebs- und Personalräte gestalten seit jeher sehr verantwortungsvoll die Zukunft der Arbeit mit. „Polizeiarbeit wird

nicht von Robocops und auch nicht von Technik gemacht, sondern von Menschen mit Ansprüchen, Bedürfnissen und Gefühlen“. Es bleibe dabei, bekräftigt Schilff, „die Arbeit der Zukunft gestalten wir mit! Unser Beruf, egal ob bei Tarifbeschäftigten, Verwaltungs- oder Exekutivbeamtinnen und -beamten, muss attraktiver werden – Also: Raus zum Tag der Arbeit – Flagge zeigen!“. Zumindest diejenigen sollten sich dazu aufgefordert fühlen, die den wichtigsten Tag der Arbeiterbewegung nicht im Einsatzanzug verbringen müssen. Es könnten mehr sein – auf jeden Fall.

**Wolfgang Schönwald,
Michael Zielasko**

Aufruf des DGB zum Tag der Arbeit

„Am 1. Mai demonstrieren wir für mehr Solidarität – zwischen den arbeitenden Menschen, den Generationen, Einheimischen und Flüchtlingen, Schwachen und Starken. Es ist an der Zeit für mehr Solidarität, und wir brauchen Zeit für mehr Solidarität! Integration geht nur gemeinsam, mit gleichen Rechten für alle Beschäftigten!

Deutschland steht vor großen Aufgaben: Hunderttausende sind vor Krieg und Terror zu uns geflüchtet. Sie treffen hier viel zu oft auf Hass und Menschenfeindlichkeit. Dagegen wenden wir uns entschieden – die Antwort heißt Integration in Arbeit und Gesellschaft, nicht Ausgrenzung! Die Gewerkschaften stehen für eine freie, offene, solidarische und demokratische Gesellschaft. Geflüchtete und Einheimische dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Wir fordern: Keine Ausnahmen beim Mindestlohn, keine Absenkung von Arbeitsschutzstandards!

Solidarität braucht einen handlungsfähigen Staat!

Die Gewerkschaften weisen seit Jahren auf die fehlenden Investitionen in die öffentliche Infrastruktur

hin. Darunter leiden alle Menschen. Wir brauchen Investitionen in Schulen, Kitas, Verkehrswege, den Wohnungsbau sowie mehr Personal im öffentlichen Dienst, bei der Polizei, in Schulen und Kitas. Der jetzige Zustand gefährdet den gesellschaftlichen Zusammenhalt und die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Wir wollen Solidarität im Betrieb: kein Lohndumping, keine Zwei-Klassen-Gesellschaft!

Im Koalitionsvertrag wurde zugesagt, dass der Missbrauch von Leiharbeit und Werkverträgen endlich verhindert wird. Hunderttausende Kolleginnen und Kollegen verdienen weniger und werden schlechter behandelt als die Stammebelegschaft. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit: Wir fordern ein Gesetz, das Missbrauch wirksam verhindert.

Die gesetzliche Rente muss gestärkt werden!

Die Rentenerhöhungen für 2016 können nicht darüber hinwegtäuschen, dass Millionen Menschen

eine Altersarmut droht, wenn nicht jetzt gegengesteuert wird. Die Rente muss für ein würdiges Leben im Alter reichen.

Wir wollen mehr Gerechtigkeit für Frauen auf dem Arbeitsmarkt!

Die Lohnlücke bei Frauen liegt immer noch bei 21 Prozent. Und wenn Frauen sich für Teilzeit entscheiden, dürfen sie selten zurück in eine Vollzeitstelle. Zwei Gesetze, zu Lohntransparenz und zum Rückkehrrecht auf Vollzeit, sind angekündigt. Sie müssen auch kommen! Das Mitbestimmungsgesetz muss den neuen Herausforderungen angepasst werden – dafür gehen wir in die Offensive!

Mitbestimmung ist gelebte Solidarität. Wir brauchen mehr Mitbestimmung in den Betrieben, um Folgen der Digitalisierung und Demografie wirksam zu steuern.

Unsere Geschichte verpflichtet uns zum Handeln gegen Krieg und Intoleranz, Rassismus und Antisemitismus. Der 1. Mai ist unser Tag der Solidarität und kein Ort für Nazis und Rechtspopulisten.“



Der BePo-Burn-out – „Mal alles rauslassen“

Von Jürgen Herdes

„Es ist schneller zu spät, als du denkst“ sagt einer meiner Kollegen immer. Seit vielen Jahren hören wir, „die Polizei ist am Ende“, „die Belastungsgrenze ist erreicht“, „Polizei ist am Limit“. Wann ist es eigentlich soweit? Woran merken wir das? Und, woran merken Politik und Gesellschaft das? Ich frage mich schon lange, wer das überhaupt mitbekommt? Klar, die betroffenen Kolleginnen und Kollegen! Die erleben das täglich, und ich weiß, wir sind in großen Teilen mit unserer Belegschaft längst jenseits dieser Belastungsgrenze.

Aber unser größtes Problem sind wir selbst: Wir alle in der Bereitschaftspolizei (BePo) sind „Macher“, sind immer zuständig, denken ziel- und nicht problemorientiert, fahren eben mal mit 65 statt 123 Beamten in eine Demo und finden trotzdem immer eine Lösung für die Lage. Wird schon keiner merken (außer an den gebuchten Hotelbetten und dem Essen), steht ja „Einsatzhundertschaft“ drauf. Wir machen eben. Liebe Politik, so lange alles gut geht, passt das schon, oder?

Durch Terroranschläge und Flüchtlingssituation wird die Politik merklich unsanft mit der Nase darauf gestoßen, dass es irgendwie doch ziemlich wichtig ist, eine Innere Sicherheit zu haben. Viele Länder rudern ja in ihrer Spar- und Stellenabbau-Politik zurück. Selbst die Grünen-Fraktionsvorsitzende im Bundestag, Katrin Göring-Eckardt, ist dafür, im Kampf gegen den Terror mehr Polizisten einzusetzen! Das ist zwar gleichermaßen überraschend wie erfreulich, doch eine leider sehr, sehr späte Erkenntnis angesichts der heute zu schulternden Belastungen.

Ab auf die Couch

Ich bin seit fast 20 Jahren in der Bereitschaftspolizei und seit 10 Jahren Leiter der Beweissicherungs- und Festnahmeinheit Schleswig-Holstein. Hier bin ich verantwortlich für rund 50 Kolleginnen und Kollegen. Ich erfahre die Schwere dieser Belastungen täglich – direkt wie indirekt. Als ich im Vorjahr den Vorsitz des GdP-Bundesfachausschusses Bereitschaftspolizei übernahm, habe ich auch mir selbst versprochen, mich für die Interessen der BePo vehement einzusetzen. Und da tut es doch gut, mal alles raus zu lassen und zu reden.

brauchen wir? Ich habe heute Abend noch einen Durchsuchungseinsatz. Es ist wirklich schwierig im Moment. Wir sind ja nur noch unterwegs. Fahren von einer Demo zum nächsten Fußballspiel und anschließend wieder die Unterstützungseinsätze in Sachen Flüchtlinge! Zwischendurch muss ich mich auch noch um „Haus und Hof“

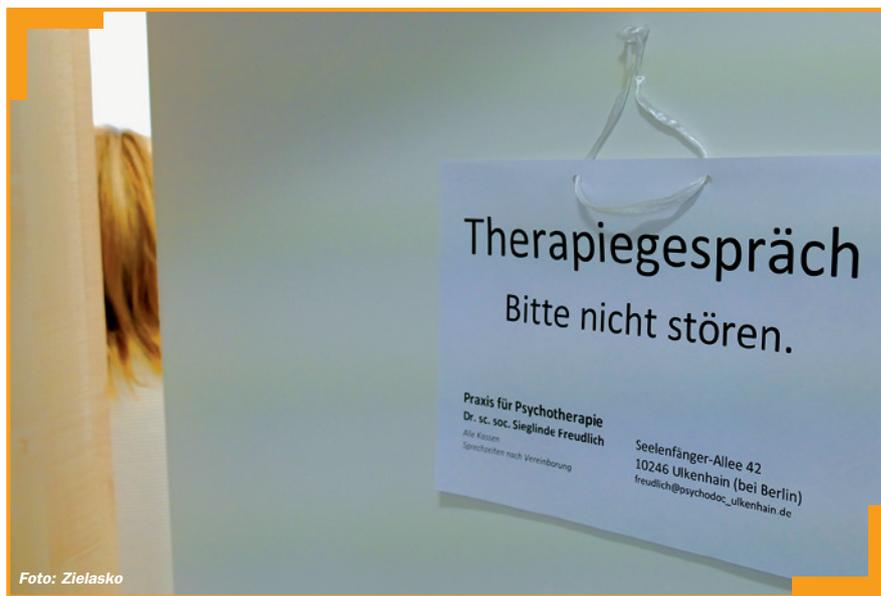


Foto: Zielasko

Ich habe mich jetzt dazu durchgerungen, der Bereitschaftspolizei externe Hilfe zu empfehlen. Also ab auf die Couch zum Psychotherapeuten. Kann ja nicht schaden. Soll man ja auch machen, sich Hilfe holen, bevor es zu spät ist. Eine Ärztin meines Vertrauens wäre Frau Dr. Sieglinde Freudlich. Sie hatte vor kurzem in ihrer wöchentlichen Sprechstunde Polizeioberrat Bernd „Beppo“ Haikel zu einer Sitzung empfangen. Namenlose Quellen haben das folgende Gespräch aufgezeichnet und an mich durchgestochen:

Dr. Sieglinde Freudlich: Guten Tag Herr Haikel. Schön, dass Sie es geschafft haben. Wir hatten ja schon vier Termine, die Sie kurzfristig absagen mussten. Was ist denn da los bei Ihnen?

Bernd „Beppo“ Haikel: Hallo Frau Doktor. Ich freue mich, dass es endlich klappt. Ich komme gerade aus einer Flüchtlingsunterkunft. Wie lange

kümmern. Meine Familie kennt mich kaum noch, weil ich nie da bin.

Dr. Freudlich: Herr Haikel, das hört sich so an, als würden bei Ihnen manchmal die Grenzen zwischen Arbeit und Freizeit verschwimmen?

Haikel: Das trifft es haargenau. Dauerpräsenz und ständige Erreichbarkeit, gepaart mit der zunehmenden Arbeitsverdichtung und den permanent anfallenden Überstunden, erhöhen den Druck. Und: Egal, ob ich im Aufenthaltsraum stehe, mit meiner Partnerin Essen gehe oder abends mit Freunden in einer Kneipe zusammenstehe, es dauert nicht lange, bis das Gespräch auf meinen Dienst kommt. (Er seufzt tief.)

Dr. Freudlich: Ich verstehe. Dann müssen Sie wegen Ihrer Arbeit auf private Kontakte und Freizeitaktivitäten verzichten?



BEREITSCHAFTSPOLIZEI

Haikel: Ja klar! Weil ich fast jedes Wochenende arbeite, während sich meine verbliebenen Freunde zum Grillen treffen, ins Kino gehen oder einen Geburtstag feiern. Montags könnte ich viel unternehmen, da habe ich manchmal frei. Allerdings nur mit meinen BePo-Kollegen. Die haben dann ja auch Zeit.

Dr. Freudlich: Haben Sie denn mehr und mehr das Gefühl, fremdbestimmt zu sein?

Haikel: Sie sagen es. Mir wurde zu Beginn meiner Laufbahn das mal so erklärt: „Der Einsatz bestimmt unseren Dienst, da haben wir keinen Einfluss“. Das verstehe ich. Es wurde aber auch gesagt, „dafür haben wir im Tagesdienst viele Freiheiten. Wir trainieren, halten uns körperlich fit, arbeiten an unserer Taktik oder bauen einfach mal spontan Überstunden ab, so wie es Dir am besten passt.“

Damit ich einigermaßen heil aus dem Einsatz rauskomme, trage ich eine etwa 18 Kilogramm schwere Schutzausstattung mit mir herum. Heute eilen wir nur noch von einer Lage zur nächsten und haben gar keinen Tagesdienst, also auch kein Training mehr. Körperliche Fitness ist aber eine Art Lebensversicherung für mich. Dafür muss ich regelmäßig trainieren können.

Dr. Freudlich (zieht eine Braue hoch): Ich spüre, da nagt noch mehr an Ihnen ...

Haikel: Ach, wissen Sie, das Recht wandelt sich ständig. Immer neue Urteile und Gesetzesänderungen, die meinen Einsatz betreffen und die ich jederzeit parat haben muss. Dazu kommt der Föderalismus mit seinen Landesspezialitäten, die ich dann auch noch voneinander unterscheiden können muss. Wissen Sie vielleicht, ob jetzt die Vermummung in Sachsen eine Straftat war, oder war das nicht doch in Bayern? Darf ich in Berlin als Tatbeobachter schon zu Beginn in der Demo mitlaufen, oder wie in Schleswig-Holstein, erst nachdem Straftaten geschehen sind? Meine Maßnahmen müssen rechtssicher sein, sonst bin ich nachher der Blöde. Das macht mich manchmal echt fertig und unsicher.

Dr. Freudlich: Sie scheinen wahrlich kein leichter Fall, Herr Haikel. Wie sieht es denn mit ihrer Ausstattung aus? Fühlen Sie sich körperlich sicher im Dienst?

Haikel: (schwitzt leicht): Polizeiliche Großlagen wie der G7-Gipfel in Bayern, die Flüchtlingssituation oder Terrorlagen wie bei dem Länderspiel in Hannover zehren an meinen, an unseren Kräften. Grundsätzlich habe ich eine gute Ausrüstung. Aber als ich Ende vergangenen Jahres in Hannover vorm Stadion gestanden hatte und dann irgendwann realisierte, dass hier gleich die Bombe hochgehen konnte, fühlte ich mich gar nicht mehr sicher. Das geht mir übrigens bis heute so. Ich habe ja keine Ahnung, wo ich im Falle eines Terroranschlags in Deutschland eingesetzt werden würde. Ich schätze mal, dass ich als Angehöriger der Bereitschaftspolizei „mittendrin, statt nur dabei“ sein werde. Ob mein Helm und die Demo-Weste mich dann entsprechend schützen, bezweifle ich stark. Nein, ich bin mir sogar sicher, dass sie mich nicht schützen werden! Da muss was geschehen.

Dr. Freudlich: Halten Sie sich denn den Anforderungen Ihres Jobs für nicht mehr gewachsen?

Haikel: Hmm, irgendwie fühle ich mich schon ausgelaugt. Einen wirklich verlässlichen Dienstplan habe ich lange nicht mehr gesehen. Durch spontane Einsätze oder Krankheit von Kollegen müssen bestehende Pläne immer wieder angepasst werden. Flexibilität ist zwar mein zweiter Vorname, aber mein Dienstherr hat ja auch eine Fürsorgepflicht mir gegenüber. Manchmal fühle ich mich da schon ziemlich ausgenutzt und allein gelassen.

Dr. Freudlich: Nun mal raus mit der Sprache: Erleben Sie sich manchmal machtlos dabei, Ihre Arbeitssituation zu verändern?

Haikel: (schaut an die Decke): Ich habe das Gefühl, dass meine Sorgen und Nöte nur dann gehört werden, wenn „die Welt untergeht“. Das passiert ja zum Glück nicht so oft, haha. Für mich ist es jedoch sehr frustrierend, dass ich mich nicht ernst genommen fühle. Egal, was ich veranlasse, seit Jahren hört mir niemand richtig zu.

Dr. Freudlich: Ich höre Ihnen ja zu. Entspannen Sie sich. Glauben Sie denn, der Wert Ihrer Arbeit wird nicht richtig gewürdigt?

Haikel: Nun, ich will ja jetzt nicht so rumheulen ...

COP® SPECIALS
 Mai / Juni 2016
 **Gültig vom 20.04. bis 30.06.2016

**MIT SHOPS IN BERLIN
 FRANKFURT · LEIPZIG
 MÜNCHEN · WIEN**

**1 Einsatzhandschuh
 COP®CR212 TS**
 Art.-Nr. 320212TS-Größe
 Größen: XS - 3XL; Farbe: schwarz
 Ausenmaterial: 100% Ziegenleder
 Innenmaterial: 100% Polyäthyl
 Ultradünner Handschuh mit rundum
 Schnittschutz & Touchscreen-Funktion.

EN 388
 Abriebfestigkeit: Kategorie 3
 Schnittfestigkeit: Kategorie 5
 Weiterreißfestigkeit: Kategorie 4
 3 5 4 Durchstichfestigkeit: Kategorie 4

Toucscreen-Funktion in der Spitze des Daumens und Zeigefinger.

Aktionspreis €49,90**
 statt 69,90***

**2 Under Armour® Tactical
 T-Shirt V-Neck**
 Art.-Nr. UA1216010S-Größe (schwarz)
 Art.-Nr. UA1216010W-Größe (weiß)
 Größen: S - 2XL; Farben: schwarz und weiß
 Material: 84% Polyester, 16% Elasthan
 Kurzärmeliges Compression Shirt mit V-Ausschnitt.

Aktionspreis €29,90**
 statt 42,99***

COMPRESSION

**3 Under Armour® Tactical
 Basecap "Friend or Foe"**
 Art.-Nr. UA1249832-S (schwarz)
 Art.-Nr. UA1249832-O (oliv)

Einheitsgröße, verstellbar von 57 bis 62 cm Kopfumfang
 Farbe: schwarz und oliv. Material: 97% Baumwolle, 3% Elasthan

Aktionspreis €15,90**
 statt 24,99***

**4 Under Armour® Tactical
 Einsatzstiefel "Stellar"**
 Art.-Nr. UA1268951S-Größe US
 Farbe: schwarz; Größen: 8 - 14 (EU 41 - 48,5)
 Gewicht: 1 Schuh Größe 43: 540 g
 Schafthöhe Gr. 43: 20 cm
 Sportlicher, extrem bequemer und ultra-leichter Einsatzstiefel.

Aktionspreis €89,90**
 statt 124,99***

Größe US	8	8,5	9	9,5	10	10,5	11	11,5	12	12,5	13	14
Größe EU	41	42	42,5	43	44	44,5	45	45,5	46	47	47,5	48,5

**5 Under Armour® Tactical
 Halbschuh "Mirage"**
 Art.-Nr. UA1201539-Größe US
 Farbe: schwarz; Größen: 8-12 und 13-15
 Gewicht: 1 Schuh Größe 43: 375 g
 Extrem leichter und luftiger Halbschuh mit "Joggingschuh-Eigenschaften" Größen s. Nr. 4, Größe 12,5 nicht erhältlich.

Aktionspreis €59,90**
 statt 99,99***

Lieferung ohne Aufschrift und Schloss.

6 Polizeiausrüstungstasche COP® 903 Light
 Art.-Nr. 903 BAG-L
 Außenmaße: 50 x 26 x 32 cm (L x B x H)
 Innenmaße: 48 x 20 x 30 cm (L x B x H)
 Farbe: schwarz
 Material: 100% Polyester
 Die „Light“ Version unserer klassischen Polizeiausrüstungstasche. Stabil verarbeitet.

Aktionspreis €49,90**
 statt 69,99***

40 Liter

7 Abwehrspray (OC-Pfeffer) MK-8
 Art.-Nr. MK-8
 Reichweite: 4 m
 Füllgewicht: 19 g
 Kapazität: 6 Sprühstöße / 1 sek
 Größe: 11,5 cm Höhe, 2,5 cm Ø
 inkl. Halterung für Schlüssel.

Aktionspreis €9,90**
 statt 15,99***

**8 DEAD RINGER® Ghost
 Ring Kimme & Korn Set "Snake Eye"**
 Art.-Nr. DR4576
 Verfügbar für: H&K P30; Walther PPS, P99, PPX, PPQ; Alle Glock Modelle.
 Visierungshilfen leuchten in der Nacht Grün.

Aktionspreis €129,90**
 statt 179,99***

* Frühere unverbindliche Preisempfehlung des Herstellers. *** ehemaliger Verkäuferpreis
 **Angebote / Aktionspreis gültig vom 20. April bis 30. Juni 2016

COP Vertriebs-GmbH · Klenauer Straße 1a · 86561 Oberweilenbach · Germany
 Telefon +49(8445)9296-0 · Fax +49(8445)9296-50 · E-Mail service@cop-gmbh.de

www.cop-shop.de

Dr. Freudlich: Aber nein, bitte, Sie sind doch unter Freunden ...

Haikel: ... Es wird halt alles so normal und unveränderlich abgetan. Die sagen immer: „Ist halt, wie es ist. Ihr schafft das schon. Das Land oder der Bund hat kein Geld. Wir müssen sparen. Schuldenbremse. Ihr bekommt das schon hin, hat ja bisher immer geklappt.“ Und so weiter ... Meine Kollegen auf der Wache bekommen wenigstens noch eine Schichtzulage, noch nicht mal so etwas gibt es bei uns. Im Gegenteil, ich schichte Überstunden auf, habe keine Möglichkeit diese abzubauen, und wenn ich mich notgedrungen dazu entscheide, mir die Stunden auszahlen zu lassen, bleibt davon kaum etwas übrig. Ein Kumpel von mir bekommt für Überstunden je nach Wochentag und Tages- oder Nachtzeit bis zu 100 Prozent Zuschlag! Aber ich sag' ja, rumheulen geht gar nicht ...

Dr. Freudlich: Schon gut Herr Haikel, das machen Sie ganz prima. Ich kann mir vorstellen, dass Sie häufiger denken: „Wozu das alles noch?“

Haikel: Der Respekt und die Wertschätzung aus Teilen der Bevölkerung uns Polizisten gegenüber – das kenne ich noch von früher – ist irgendwie in den Wind. Also nicht bei allen, aber wir werden ja sogar immer häufiger angegriffen. ...

Dr. Freudlich: ... Und dann würden Sie am liebsten hinwerfen?

Haikel: Ja, den Gedanken habe ich schon ab und zu. Manchmal sag ich mir, ob ich diesen Hooligan jetzt festnehme oder nicht, beim nächsten Spiel treffen wir uns eh wieder. Ähnlich verhält es sich bei dem Straftäter in einer Demonstration. Ich mache das dann natürlich trotzdem, ist ja meine Aufgabe, aber... eh, also, sagen Sie, ich müsste gleich weg ...

Dr. Freudlich: Herr Haikel, die Sitzung ist gleich zu Ende. Alles wird gut. Ich danke für Ihre Offenheit. Ich will Ihnen aber nichts vormachen. Das wird ein längerer Weg, eine schnelle Heilung, bitte entschuldigen Sie diesen Ausdruck, aber eine schnelle Heilung sehe ich momentan nicht.

Haikel: Aber ...

Dr. Freudlich: ... Wir müssen jetzt umfassend abklären, wie Ihnen geholfen werden kann. Sie sollten auf jeden Fall Ihre körperlichen Symptome ernst nehmen. Das sind Alarmsignale, die



unmissverständlich auf eine einschneidende Veränderung Ihrer Lebensweise deuten. Planen Sie Auszeiten, schaffen Sie Distanz zu Ihrer Arbeit. Aber: Sie benötigen professionelle Hilfe, um eine gesunde Balance zwischen Ihrem Beruf und Ihrem Privatleben zu schaffen. Bis dahin: Gönnen Sie sich mehr Leben!

Haikel: Klare Ansage, Frau Doktor. Danke auch. Wie gut es tut, die Dinge alle mal raus zu lassen. Ich will, nein, ich werde tatsächlich mehr für mich machen. Aber erst nach dem, wie gesagt, Durchsuchungseinsatz. Ich muss los, ich melde mich.

GESPRÄCHE

BKA-Präsident zu Gast in Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle

Vor dem Hintergrund der Terroranschläge in der belgischen Hauptstadt Brüssel vor rund sechs Wochen trafen sich der Präsident des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, und der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, Anfang April zu einem intensiven Meinungsaustausch in der Berliner GdP-Bundesgeschäftsstelle.

In dem rund einstündigen Gespräch erörterten Münch und Malchow die aktuelle Bedrohungslage Deutschlands, die getroffenen wie geplanten Maßnahmen zu einem wirksamen Schutz der Bevölkerung vor Terror-Attentätern und den Stand der polizeilichen Zusammenarbeit innerhalb Europas. Der GdP-Bundesvorsitzende bekräftigte die Forderung seiner Organisation nach einer spürbar engeren Verzahnung der europäischen Innen-, Justiz- und Sicherheitspolitik. Dazu gehörten ein uneingeschränkter ge-

meinsamer Datenaustausch und eine barrierefreie polizeiliche Zusammenarbeit.

Münch, der seit Ende 2014 an der Spitze des BKA steht, bestätigte gegenüber Malchow, dass Deutschland im Zielspektrum des islamistischen Terrorismus stehe und seine Behörde von einem erhöhten Anschlagrisiko ausgehe. Zurzeit zähle das Bundeskriminalamt 470 Gefährder aus dem islamistischen Spektrum.

Weiterhin thematisierten der BKA-Präsident und der GdP-Bundesvorsit-



GESPRÄCHE

zende die Entwicklung der Straftaten gegen schutzsuchende Migranten und deren Unterkünfte sowie die Kriminalität von Ausländern. Zudem nahmen die beiden Polizeiexperten momentane Erscheinungsformen rechtsradikaler Gruppierungen, deren Handlungen und vermeintliche Ziele unter die Lupe.

Malchow und Münch verständigten sich darauf, den Gesprächsfaden nicht abreißen zu lassen. **mzo**

Aktuelle Fakten auf den Tisch legte BKA-Präsident Münch bei seinem Gespräch mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow.
Foto: Zielasko



FRAUENGRUPPE

Engagierte GdP-Kolleginnen gesucht

Personalentwicklungsprojekt der Frauengruppe (Bund) abgeschlossen

Mit zwölf Kolleginnen aus sechs Landesbezirken sowie den Bezirken BKA und Bundespolizei ist das Personalentwicklungs-Projekt der Frauengruppe (Bund) Ende März 2015 in der Bundesgeschäftsstelle in Hilden gestartet worden. Ein Jahr später fand nun das von Manuela Rukavina als Referentin und Margaretha Müller als Koordinatorin geleitete Projekt in der Berliner Bundesgeschäftsstelle mit dem Abschlussworkshop sein Ende.

Die vernetzten Teilnehmerinnen nutzten die zwölf Monate für einen regen Austausch über die sozialen

Netzwerke. Drei Workshops mit der Soziologin, Coach und Powerfrau Rukavina liegen hinter ihnen. Am An-

fang überwog noch die Skepsis der Kolleginnen. „Ich konnte mir nicht vorstellen, was ein reines Frauenseminar bringen soll (...), jetzt bin ich dankbar, dass ich teilnehmen konnte und wünsche diese Chance auch noch vielen anderen GdP-Frauen“, so eine Teilnehmerin.

Beim dritten Workshop öffnete Rukavina nochmals ihre Methodenschatztruhe und zu den bereits be-





Iris Schiffer und Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl im Gespräch.

Foto: Annette Terweide

arbeiteten Bausteinen wie „Umgang mit Stress“; „Konfliktmanagement“ oder „Umgang mit Veränderungsprozessen“ folgten Tipps und Tricks zum Transfer des Gelernten in den Alltag. Es wurde über Embodiment (Wechselwirkungen von Körper und Psyche verstehen und nutzen) und Power-Posing (Selbstbewusstsein durch Körperhaltung) diskutiert, kollegiale Beratung trainiert und das Thema Netzbildung durch einen Besuch beim DGB-Bundesvorstand in die Praxis umgesetzt.

DGB-Arbeit nähergebracht

Beim DGB empfing die Abteilungsleiterin für Frauen- und Gleichstellungspolitik, Anja Weusthoff, die Gruppe. Sie machte die Teilnehmerinnen mit der DGB-Struktur vertraut und berichtete über aktuelle Projekte. Aus aktuellem Anlass kamen auch die Themen „Wertewandel in der Gesellschaft“ und die Teilnahme des DGB an der „Allianz für Weltoffenheit“ zur Sprache. Ein reger Austausch brachte den Kolleginnen die Arbeit des DGB näher und machte den Stellenwert der GdP im DGB, als Fachgewerkschaft für alle Fragen der inneren Sicherheit, deutlich.

Mit dem Projekt sollten aktive ehrenamtliche Kolleginnen auf die künftige Übernahme von Führungspositionen in der GdP vorbereitet werden. Im Feedback der Teilnehmerinnen kam zum Ausdruck, dass dieses Ziel erreicht, wenn nicht sogar übertroffen wurde. Die Kolleginnen nahmen nach eigenen Aussagen sehr viel Rüstzeug

für ihre Gewerkschaftsarbeit, aber auch für den Dienst und persönliche Belange mit. Sie sind zu Netzwerkerinnen geworden und vor allem haben sie Lust, sich in Ihrer GdP zu engagieren.

Wir können gespannt sein, wo und in welchen Funktionen wir wieder auf diese hochmotivierten und spannenden Frauen treffen werden.

Dagmar Hölzl

Teilzeit darf nicht das Ende der Erwerbskarriere einläuten

Eine gezielte Frauenförderung bei der Polizei kommt nach Überzeugung der Bundesfrauengruppe der Gewerkschaft der Polizei (GdP) ohne sinnvolle Modelle der Teilzeitarbeit in Führungsfunktionen nicht aus.

Dagmar Hölzl, Vorsitzende der GdP-Frauengruppe (Bund): „Teilzeitarbeit bei Führungskräften ist in den Polizeibehörden Deutschlands noch nicht weit verbreitet. Teilzeitarbeit ist aber ein wesentlicher Faktor zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf und wird überwiegend von Frauen praktiziert. Deshalb ist Führen in Teilzeit auch gezielte Frauenförderung.“ Diese Forderung war das zentrale Thema einer „Gleichstellungstagung“, zu der die GdP-Bundesfrauengruppe im April in Berlin neben dem Präsidenten des Bundeskriminalamtes (BKA), Holger Münch, dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow und der im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand für



Malchow: Führung in Teilzeit überwiegend positiv bewertet. Foto: Holecsek





BKA-Präsident Holger Münch mit einer Botschaft an die Frauen: „ (...) Wer sich zu Hause vor allem um die Kinder kümmert, überlässt den Männern die Gestaltungsmacht in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und auch in der Polizei!“.



Ein kleines Dankeschön an den BKA-Chef, überreicht durch die GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl. Fotos (4): Holecek

Frauenpolitik zuständigen Elke Gündner-Ede, auch Fachreferentinnen und Polizistinnen aus dem ganzen Bundesgebiet geladen waren.

Malchow sagte: „Unsere Frauen-

Prozent. Das bedeutet aber auch, dass ein Drittel der Männer diese Option wählen. Gleichstellung ist ein Gewinn für Alle. Sie eröffnet mehr Entwicklungschancen für Frauen, gerade auch in Führungs- und Spitzenfunktionen

weniger als 40 Prozent betrage. Malchow: „Bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung sind Bewerberinnen und Bewerber vorrangig zu berücksichtigen, wenn sie dem unterrepräsentierten Geschlecht ange-



GdP-Bundesfrauenvorsitzende Dagmar Hölzl erläutert den Teilnehmerinnen ...

gruppe hat mit dem Projekt ‚Führen in Teilzeit‘ ein aktuelles wissenschaftliches Projekt von Dr. Andrea Jochmann-Döll und der Hans-Böckler-Stiftung unterstützt. Ein Fazit aus dem Projekt ist, dass die Erfahrungen mit Führung in Teilzeit überwiegend positiv bewertet werden und künftig auch ausgebaut werden sollen. Im Durchschnitt liegt der Anteil von Frauen an allen Führungskräften in Teilzeit bei 67



... ihre Forderung nach sinnvollen Modellen von Teilzeitarbeit in Führungsfunktionen.

und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie – für beide Partner.“

Dabei müsse der Staat als Arbeitgeber, so Malchow weiter, mit gutem Beispiel vorangehen. Die Gleichstellungsgesetze hätten beide Geschlechter im Blick. Anknüpfungspunkt für gleichstellungspolitische Maßnahmen sei die Zugehörigkeit zum unterrepräsentierten Geschlecht. Diese liege vor, wenn der Frauen- oder Männeranteil

hören. Da in Deutschland noch immer mehr Männer in Führungspositionen sind, werden qualifizierte Frauen davon profitieren.“

Gündner-Ede erinnerte daran, dass der 23. Bundeskongress bereits im Jahr 2006 den Antrag der Frauengruppe beschlossen hatte, regelmäßig Treffen der GdP-organisierten Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten durchzuführen. An der nunmehr 4. Gleich-



FRAUENGRUPPE



GdP-Frauenvorstand Elke Gündner-Ede verwies auf die gute Zusammenarbeit mit der Hans-Böckler-Stiftung.



(v.l.) Die GdP-Gastgeberinnen des fast vollständigen Bundesfrauenvorstandes: Dagmar Hölzl, Erika Krause-Schöne, Wilma Wäntig und Martina Filla.



Dr. Andrea Jochmann-Döll erläuterte die Projektergebnisse zum „Führen in Teilzeit“.

Foto: Holecek

stellungstagung nahmen nicht nur der Bundesfrauenvorstand und die Gleichstellungsbeauftragten aus den Ländern und Bezirken teil, sondern auch Beteiligte des Projektes „Führen in Teilzeit“, zum Teil Interviewpartner von Dr. Jochmann-Döll.

Elke Gündner-Ede: „Mit unserer Einladung zu dieser Tagung möchten wir auch für die Bereitschaft danken, an den schriftlichen Befragungen und den Interviews teilgenommen zu

haben. Mit Andrea Jochmann-Döll verbindet uns eine langjährige Zusammenarbeit. Bei vielen Projekten, die von der Hans-Böckler-Stiftung finanziert wurden, haben wir sie unterstützt. Diese Projekte wie ‚Beurteilungen im Polizeivollzugsdienst‘, an denen ebenfalls Teilnehmerinnen dieser Tagung als Interviewpartner/innen teilgenommen haben, sind weit über die Grenzen der GdP bekannt und beachtet.“



Marion Dix stellte eine „Strategische Gleichstellungspolitik“ vor.

Fotos (4): Holecek

Berufswelt aktiv mitgestalten

Zu den Gästen und Referenten der Tagung zählten Dr. Wolfgang Schulte von der Deutschen Hochschule der Polizei, Dr. Yvonne Lott, Hans-Böckler-Stiftung, sowie die frühere Bundesfrauenvorsitzende Marion Dix. Sie war viele Jahre Gleichstellungsbeauftragte in Niedersachsen und Initiatorin und Leiterin des Projektes „Horizonte“, ein Projekt, das Frauen in Führungspositionen fördert.

Als nicht nur in Fragen der Terrorismusbekämpfung sattelfest BKA-Präsident Münch vor den Teilnehmerinnen der Gleichstellungstagung der Bundesfrauengruppe. Den besonderen Gastredner zu den Themen Gleichstel-



FRAUENGRUPPE



Referentin Dr. Yvonne Lott zu *Arbeitszeitoptionen im Lebensverlauf (AZOLA)*.

Foto: Holecek

lung, Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben und Führen in Teilzeit konnte die Bundesfrauenvorsitzende Hölzl am zweiten Tag der Veranstaltung begrüßen.

Münch erwies sich als engagierter Verfechter der Frauenförderung in Führungspositionen und plädierte für Modelle, die eine gute Vereinbarkeit von Beruf und Privatem flexibel ermöglichen. Münch: „Zur Entwick-

„ **Es müsse eine Führungskultur gestärkt werden, die darauf ausgelegt sei, Familie und Beruf, Privatleben und Job in Einklang zu bringen.** “

Holger Münch, BKA-Präsident

lung solcher Modelle gehört auch, sich Gedanken zu machen, wie wir ermöglichen können, anspruchsvolle Aufgaben auch mit einem Stunden-

deputat von unter 40 Wochenstunden zu erfüllen.“

Es müsse eine Führungskultur gestärkt werden, die darauf ausgelegt sei, Familie und Beruf, Privatleben und Job in Einklang zu bringen, betonte er. Münch weiter: „Unsere gemeinsame Botschaft an die Frauen muss sein: Gestalten Sie aktiv unsere Berufswelt mit, denn, wer sich zu Hause vor allem um die Kinder kümmert, überlässt den Männern die Gestaltungsmacht in Wirtschaft, Wissenschaft, Politik und auch in der Polizei!“

Es sei betriebswirtschaftlich wenig sinnvoll, gut ausgebildete und fähige Mitarbeiterinnen in Führungsfunktionen zu verlieren, nur weil Teilzeitmodelle fehlten. Münch: „Wir haben schon jetzt große Schwierigkeiten in unserem stark wachsenden BKA, genügend Nachwuchs für den höheren Dienst zu gewinnen. Ebenso darf Teilzeitarbeit nicht das Ende der Karriere bedeuten.“

hol

Anzeige

Guthabenverzinsung auf der GdP-VISA-Card 0,7 % p. a.*



- kostenfreies Internet-Konto DKB-Cash
- weltweit kostenfrei Bargeld abheben an Geldautomaten

mit der GdP-VISA-Card
mit der GdP-VISA-Card

*variabel, monatliche Zinsgutschrift, Zinssatz von 0,7 % p.a. gilt für einen Betrag bis 300.000 €. Bei einem diesen Betrag übersteigenden Guthaben wird der Anteil über 300.000 € mit 0,3 % p.a. verzinst.

Zu beantragen unter www.gdp.de/kreditkarte



Ein schwacher Staat nutzt nur den Rücksichtslosen

Gewaltsame Übergriffe nehmen nicht nur auf Polizistinnen und Polizisten zu. Beleidigungen, Pöbeleien und tätliche Angriffe gehören für viele Beschäftigte im öffentlichen Dienst mittlerweile zum Berufsalltag. Betroffen sind auch Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von Bürgerämtern, Jobcentern, Schulen und Feuerwehren. Was kann man dagegen tun? Und woher kommt die Gewalt? Über die Datenlage, Hintergründe und Möglichkeiten der Prävention sowie die Nachsorge diskutierten Fachleute und Beschäftigte von Polizei und Feuerwehr, aus Jobcentern, Bürger-, Sozial-, Jugend- und Finanzämtern auf einer Veranstaltung des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB) und der Hans-Böckler-Stiftung Ende März in Berlin.

Der Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP), Oliver Malchow, sagte auf der Veranstaltung: „Meinen Kolleginnen und Kollegen schlägt im Alltag viel Aggressivität und Respektlosigkeit entgegen. Das Unrechtsbewusstsein vieler Bürger tendiert gegen Null, selbst wenn sie gravierende Verfehlungen begangen haben. Tätliche Angriffe nehmen an Brutalität zu.“

Der GdP vorliegende Zahlen für das vergangene Jahr bestätigen den von Malchow bezeichneten Trend. So habe es 2015 in Berlin 7.060 Angriffe auf Polizeivollzugsbeamte gegeben, über 500 mehr als im Vorjahr. Insgesamt

der Körperverletzungen zum Schaden von Polizeibeamtinnen und -beamte um fast 16 Prozent. Dort fielen im Vorjahr statistisch jeden Tag drei Beamte einem Rohheitsdelikt zum Opfer. Auch in Bremen stiegen die Fälle von Gewalt gegen die Polizei von 794 in 2014 auf 912 im vergangenen Jahr.

Täglich mehr als zehn Beamte schwer verletzt

Malchow betonte: „Die oft menschenverachtenden Attacken auf Polizeibeamtinnen und -beamte legen einen Schatten auf diesen Beruf, den ich vor über 30 Jahren aus voller



Kriminologe Prof. Christian Pfeiffer: „Die Gewalt geht zwar zurück, doch Beschäftigte im öffentlichen Dienst werden zunehmend angegriffen.“

schweren Körperverletzungsdelikten. Mit 3.880 erfassten Taten stieg damit die Zahl im Vergleich zu 2013 um mehr als 14 Prozent oder rund 500



Boris Pistorius, Innenminister Niedersachsens, sagte, dass jede Form von Gewalt bleibende Folgen haben könne.

Fotos (3): Holecek

wurden dabei 2.658 Beamtinnen und Beamte im Dienst verletzt, also fast jeder sechste Polizist in der Hauptstadt und mehr als sieben an jedem Tag. In Niedersachsen stieg die Zahl

Überzeugung gewählt habe“. Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik (PKS) 2014 wurden täglich mehr als zehn Beamtinnen und Beamten bei massiven Angriffen Opfer von gefährlichen und



Der GdP-Bundesvorsitzende Oliver Malchow sowie ver.di-Vorstand Wolfgang Pieper stellten sich Nachfragen.

Fälle. Etwa jeden dritten Tag wurden Polizisten Zielscheibe eines Tötungsversuchs.



GEWALT GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Die stellvertretende DGB-Vorsitzende Elke Hannack verwies auf die Notwendigkeit einer besseren Datengrundlage für Übergriffe im gesamten öffentlichen Dienst. Sie formulierte das DGB-Anliegen, die Ängste und die Gewalterfahrungen der Beschäftigten ernst zu nehmen. Sie forderte die Dienstherren auf, den Rechtsanspruch der Beschäftigten auf eine Gefährdungsbeurteilung ihres Arbeitsplatzes auch tatsächlich umzusetzen und ihrer Fürsorgepflicht nachzukommen. „Tätliche und verbale Übergriffe gegen Beschäftigte des öffentlichen Dienstes nehmen zu. Das belegen nicht nur Zahlen der Polizeilichen Kriminalstatistik für den Polizeibereich, das berichten auch viele Beschäftigte der Jobcenter. Um ein tatsächliches Bild



Elke Hannack, stellvertretende Vorsitzende des Deutschen Gewerkschaftsbundes (DGB), forderte bessere Datengrundlagen.



GdP-JUNGE-GRUPPE-Vorsitzender Kevin Komolka berichtete über seine alltäglichen Gewalterfahrungen.

Fotos (2): Holecek

und insgesamt zuverlässige Daten über die Entwicklung der Übergriffe zu erhalten, sollte jedes Vorkommnis gemeldet und erfasst werden.“

Rechtsanspruch auf Gefährdungsbeurteilung

Auch die Dienstherren, so Hannack, stünden in der Verantwortung und müssten ihren Beschäftigten entsprechenden Rückhalt bieten. „Die Vorgesetzten sollten es ernst nehmen, wenn sich Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Arbeitskontext bedroht fühlen. Schon Beleidigungen sind Straftatbestände, die nicht geduldet, sondern angezeigt werden sollten“, sagte die Gewerkschafterin. Gerade für die Beschäftigten mit Publikumsverkehr in

den Dienststellen müsse regelmäßig geprüft werden, ob die Sicherheitsvorkehrungen ausreichend seien. Es gebe einen Rechtsanspruch auf Gefährdungsbeurteilung. Dieser müsse aber auch operativ umgesetzt werden. „Für alle Beschäftigten fordern wir außerdem einen Anspruch auf Nachsorge und ein Nachsorgekonzept, das heißt, regelmäßige Supervision sowie stetige Maßnahmen zur Gewaltprävention“, betonte Hannack.

Niedersachsens Innenminister Boris Pistorius und Berlins Staatssekretär für Inneres Bernd Krömer berichteten über die Lage in ihren Bundesländern sowie Maßnahmen und Überlegungen für mehr Sicherheit für die Beschäftigten. Beide schlossen aber einen einhundertprozentigen Schutz

vor gewalttätigen Übergriffen aus.

Pistorius bezeichnete es als das ur-eigene Interesse eines jeden Arbeitgebers, hier erstens genau hinzusehen und zweitens entsprechend vorzubeugen beziehungsweise gegenzusteuern. Er sagte: „Jede Form von Gewalt kann für die Opfer bleibende Folgen haben, die weit über den Moment hinausgehen. Ich denke da an dauerhafte Gefühle wie Hilflosigkeit, Verunsicherung, Demotivation oder Verzweiflung, aber auch Angstzustände bis hin zu Stresssymptomen und posttraumatischen Belastungsstörungen. All das sind schreckliche Folgen, einmal für die Betroffenen selbst, weil sich das bis ins Privatleben durchziehen kann; aber übrigens auch für den Arbeitgeber. Für ihn bedeutet das häufig steigende

Anzeige



THOMAS BROCKHAUS
Automobile und mehr

Wir liefern Fahrzeuge fast aller Fabrikate mit **TOP RABATTEN**.
Inzahlungnahme möglich. % % % %

Informieren Sie sich! % % % %

Telefon: (02207) 76 77 % %

www.fahrzeugkauf.com



Fehlzeiten, vermehrte Ausfalltage, sinkende Motivation der Beschäftigten, und letztlich auch geringere Produktivität und ein schlechteres Betriebsklima.“

Klima wird aggressiver

Der Innenminister plädierte dafür, die Ursachen der Gewalt zu beleuchten: „Wir wissen, dass fast zwei Drittel aller Tatverdächtigen alkoholisiert waren, wenn sie gegenüber Polizistinnen und Polizisten gewalttätig wurden. Diese Tatverdächtigen sind übrigens vor allem junge Männer.“ Der Alkohol senke die Hemmschwellen. Das Klima werde aggressiver. „Wenn wir aber sagen, es werden Hemmschwellen gesenkt, dann bedeutet das in der Regel auch, dass Aggressionen bereits mehr oder weniger stark vorhanden sind und dann irgendwann ausbrechen, also dann wenn eben die Hemmungen weg sind“, so Pistorius. Ein Beispiel dafür sei die linksextremistische autonome Szene: „Dort werden gerade Polizeibeamtinnen und -beamte häufig nicht als Menschen wahrgenommen, sondern schlichtweg als Teil der sogenannten Staatsmacht. Die Polizei gilt ihnen als Symbol derselben Ordnung, die sie generell ablehnen.“ Auch auf der rechtsextremen Seite gebe es entsprechende Beispiele. Der Minister: „Schauen Sie nur nach Bautzen. Dort wurden zuletzt Feuerwehrlaute von einem fremdenfeindlichen Mob daran gehindert, brennende Flüchtlingsunterkünfte zu löschen.“

Nach Berechnungen des niedersächsischen Kriminologen Prof. Christian Pfeiffer sind Gewaltdelikte in Deutschland zwar insgesamt seit Jahren rückläufig. Es gebe aber einen Anstieg von Übergriffen auf Beschäftigte des öffentlichen Dienstes. Der statistischen Erfassung, so Pfeiffer, komme eine zentrale Bedeutung zu, um das ganze Ausmaß zu erfassen und politische Handlungsnotwendigkeiten abzuleiten.

In einem Interview mit dem Südwestrundfunk (SWR) am Rande der Veranstaltung nannte Pfeiffer Einzelheiten und Gründe der Gewaltentwicklung. So habe sich zum Beispiel das Risiko von Frauen, von ihren Partnern zusammengeschlagen zu werden, während der vergangenen 25 Jahre etwa halbiert. Der steile



GdP-Bundesvorsitzender Oliver Malchow lenkte den Blick auf die Kampagne „AUCH MENSCH“ der JUNGE GRUPPE (GdP).

Foto: Holecek

Rückgang in den letzten 15 Jahren sei darauf zurückzuführen, dass die Polizei, die häufiger Einsätze in diesem Bereich fährt, doppelt so oft verletzt würde wie früher. Der Grund sei das Gewaltschutzgesetz, das der Polizei seit 2002 die Möglichkeit gebe, den Familienwüterich aus der Wohnung zu verweisen und ihn mit Hilfe des Gerichts ein halbes Jahr fernzuhalten. Der Preis dafür, dass dann der Friede in die Familie Einzug halten könne, zahlten allerdings die Polizeibeamten.

Viele Täter sind Migranten

Ein weiteres Risikopotenzial sei die Migration, sagte Pfeiffer und unterstrich: „Von 100 Beamten, die dienstunfähig geschlagen werden, erzählen uns 40, dass der Täter Migrant war, in den Großstädten 50 Prozent, und die große Migration des vergangenen Jahres wird das auch verstärken. Das hat damit zu tun, dass die Menschen, die zu uns kommen, die Polizei nicht als Freund und Helfer erlebt und keinen Respekt haben, wie wir das im Laufe unseres Lebens gelernt haben, und das bedingt, dass sie auf Aktivitäten der Polizei, zum Beispiel einen Straftäter zu ermitteln oder eine Familie zu schützen, mit viel größerer Aggressivität reagieren als Deutsche. Da liegt ein steigendes Konfliktpotenzial, das sich

auch in Zahlen deutlich niederschlägt.“

Die Wissenschaftler hätten festgestellt, erläuterte Pfeiffer, dass eine Verstärkung der Polizei durch Frauen große Wirkung entfalte. „Frauen deeskalieren, Frauen sind kommunikativ und wenn sie dabei sind, passiert den Männern weniger. Das Risiko verletzt zu werden bei solchen Einsätzen, reduziert sich um ein Viertel, wenn die Beamten eine Frau an der Seite haben. Weil die Frau diese kommunikative Kompetenz einbringt“, betonte er.

Eigene Erfahrungen

Kevin Komolka, Bundesvorsitzender der JUNGEN GRUPPE der GdP, sagte: „Ich als männlicher und etwas größer gewachsener Kollege stehe natürlich auch immer im Fokus der Erstsprache des jeweiligen Aggressors.“

Gewalterfahrung war eines seiner ersten prägenden Erlebnisse im Polizeidienst in Hannover: „Wir fuhrten zu einem Einsatz wegen häuslicher Gewalt. Meine Kollegin und ich stürzten die Treppe hoch in die dritte Etage und wurden beim Öffnen der Tür direkt mit Faustschlägen empfangen. Meine

Fortsetzung Seite 21



GEWALT GEGEN DEN ÖFFENTLICHEN DIENST

Kollegin wurde im Gesicht getroffen. Dann griff der Mann hinter sich und hatte plötzlich ein Küchenmesser in der Hand. Wir haben diesen Sachverhalt, auch mit dem Einsatz von Pfefferspray, klären müssen. Das war quasi meine erste Konfrontation mit Gewalt gegen mich im polizeilichen Einzeldienst.“ Seitdem hält der junge Kollege Abstand. Zu Türen und Menschen.

Komolka: „Wir haben schon eine sehr gute Aus- und Fortbildung, aber davon braucht es mehr. Gerade angesichts des enormen Gewaltanstiegs muss die polizeiliche Aus- und Fortbildung immer wieder auf den Prüfstand.“ Die Politikverdrossenheit der Bürgerinnen und Bürger in diesem Land schein eine entscheidende Rolle bei dem Gewaltanstieg zu spielen. Es herrsche eine generelle Unzufriedenheit mit der Politik, egal in welchem Bereich. Die Polizei sei das einzige sichtbare staatliche Objekt, das auch immer in greifbarer Nähe ist und werde in allererster Linie als Repräsentant des Staates angesehen. Deshalb ist das aggressive und gewalttätige Verhalten gegen und Polizeibeamtinnen und -beamte als Angriff auf den Staat gemeint.

„Dicke, fette Sau!“

Gerd Zimmer, Vorsitzender des Personalrats des Jobcenter Köln, sagte: „Meine Kolleginnen und Kollegen machen ihre Arbeit wirklich gerne. Unser Beitrag zum sozialen Frieden, das, was die Jobcenter leisten, wäre ohne das hohe Engagement der Fallmanager, der Arbeitsvermittler, der Sachbearbeiter überhaupt nicht möglich. Das Pro-

blem ist mittlerweile, dass die Aggressivität in den letzten vier, fünf Jahren derart zugenommen hat. Was mal, zum Beispiel auf meine Person bezogen, mit ‚dicke, fette Sau‘ angefangen hat, geht heute soweit, dass Kolleginnen als ‚Stasihure‘ bezeichnet werden. Woher dieser Begriff ausgerechnet in Köln kommt, ist mir schleierhaft. Gerade unsere Kolleginnen werden so massiv psychisch unter Druck gesetzt, dass die Krankenzeiten enorm steigen. Als ich 1981 angefangen habe, gehörte so etwas nicht zu unserem Berufsbild. Es kann ja nicht sein, dass wir taktisch-strategische Kampfmaßnahmen lernen, wir sind stinknormale Verwaltungsmenschen. Wir haben in Köln einmal pro Woche an irgendeinem Standort einen Polizeieinsatz.“

Zimmer kritisierte, dass immer noch zu viele Vorgesetzte Straf anzeigen von Übergriffen wegen des bürokratischen Aufwands lieber vermieden. Das Bundesministerium für Arbeit verweise dann wiederum auf fehlende statistische Belege. So drehe sich das Gewaltproblem für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter im Kreis.

GdP-Vorsitzender Malchow fragte, wie die Gesellschaft auf die Beschäftigten des Staates blicke. Eine bürgernahe Polizei sei zwar erwünscht. Zugleich gehe aber offensichtlich der Respekt vor ihr verloren. Ihre Aufgabe ist die Durchsetzung des staatlichen Gewaltmonopols und Zurückhaltung dürfe nicht zur Schwächung des Staates führen.

Wolfgang Pieper, ver.di-Vorstandsmitglied, veranschauli-

chte anhand zahlreicher Beispiele die verloren gegangene Wertschätzung der Arbeit der Beschäftigten. So würden sogar Mitarbeiter der Straßenbauverwaltung beim Einrichten einer Baustelle angegriffen, weil sich Autofahrer dadurch eingeschränkt fühlten. Eine mangelhafte Personalausstattung verschärfe zudem die Gefahren für die Beschäftigten. Betroffene Beschäftigte würden häufig ein zweites Mal Opfer, weil Staatsanwaltschaften die Verfahren gegen die Täter einstellten.

Fazit der Tagung von DGB und Hans-Böckler-Stiftung: Übergriffe und Gewaltvorfälle sollten über den Bereich von Polizei-, Rettungs- und Feuerwehrkräfte hinaus durch alle Behörden und Einrichtungen statistisch erfasst werden. Jeder Vorfall müsse umgehend angezeigt werden. Die Unterstützung durch Vorgesetzte ist ebenso einzufordern wie eine angemessene Nachbetreuung. Um die Gewaltentwicklung zu stoppen sei eine angemessene Personalausstattung des öffentlichen Dienstes ebenso notwendig, wie eine Verstärkung der Aus- und Fortbildung zum Thema Gewalt.

Malchow unterstrich: „Die Autorität des Staates darf nicht weiter durch Debatten über lahme und nichtsnutzige Beamte untergraben werden. Auch die Ideologie von der angeblich besseren Aufgabenerledigung durch Private hat das Ansehen des Staates und seiner Beschäftigten beschädigt.“ Niemand wolle einen autoritären Obrigkeitsstaat zurück, „aber ein schwacher Staat nutzt nur den Rücksichtslosen und Stärkeren“.

Rüdiger Holecek

Anzeige



Habichtswald-Klinik • Wigandstr. 1 • 34131 Kassel • www.habichtswaldklinik.de • info@habichtswaldklinik.de

Wir helfen denen, die helfen...

Habichtswald-Klinik

Fachklinik für Psychosomatik, Onkologie und Innere Medizin Kassel - Bad Wilhelmshöhe. In Mitten Deutschlands am Fuße des größten Bergparks Europas mit Herkules und Schloss Wilhelmshöhe sowie in direkter Nachbarschaft zu einer der schönsten Thermen liegt die Habichtswald-Klinik.

Unser Behandlungskonzept ist ganzheitlich und geht davon aus, dass sich Körper, Seele und Geist wechselseitig beeinflussen. Entsprechend stimmen wir unsere Therapien individuell auf Ihre Bedürfnisse ab und bieten Ihnen Gespräche, Körper- und Gestaltungstherapien, Entspannungsverfahren, Stressmanagement, Imagination, Meditation und sportliche Aktivitäten an.

Wir unterstützen Sie dabei wieder Zugang zu Ihren Fähigkeiten, Stärken und Ressourcen zu finden und diese für Ihren Heilungsprozess nutzbar zu machen.

Kostenträger: Private Krankenversicherer, Beihilfe, Polizei, Bundeswehr, Krankenkassen

Spezielle Behandlungskonzepte für

- Burn-out Symptomatik
- Tinnitus-Schwindel und Lärmschäden
- Depressive Erschöpfung
- Angstsymptomatik
- Traumafolgestörung
- Onkologische und internistische Erkrankungen

Kostenloses Service-Telefon: 0800 890 110 Telefon Aufnahmebüro: 0561 3108-186, -622



Wettbewerb „Die Gelbe Hand“: Engagement der Jugend gegen Rassismus prämiert

Zum zehnten Mal sind die besten Projekte im Wettbewerb „Die Gelbe Hand“ ausgezeichnet worden, den der Gewerkschaftsverein „Mach meinen Kumpel nicht an! – Für Gleichbehandlung, gegen Fremdenfeindlichkeit und Rassismus e.V.“ ausgeschrieben hat. Rund 70 Gäste aus Politik, Gewerkschaften und Zivilgesellschaft nahmen im März an der Veranstaltung in der Potsdamer Staatskanzlei teil, darunter der stellvertretende Bundesvorsitzende der Gewerkschaft der Polizei (GdP) Dietmar Schilff. Brandenburgs Ministerpräsident Dietmar Woidke als Gastgeber hatte zusammen mit dem GdP-Bundesvorsitzenden Oliver Malchow die Schirmherrschaft für den diesjährigen Wettbewerb übernommen.

Giovanni Pollice, Vorsitzender des Kumpelvereins, betonte die Bedeutung des Engagements der Jugendlichen für Demokratie und gegen Rassismus. „Die Projekte spiegeln die vielfältigen Möglichkeiten des Engagements gegen Diskriminierung und Ausgrenzung wider. Weder in Schulen noch in Betrieben und in der Gesellschaft ist es selbstverständlich, sich mit großem persönlichem Einsatz für Akzeptanz und Gleichbehandlung einzusetzen“, sagte er. Auch dieses Jahr reichten junge Gewerkschafterinnen und Gewerkschafter, Auszubildende sowie Berufsschülerinnen und -schüler Projekte ein, die sich kreativ mit dem Thema „Rassismus“ auseinandersetzten.

Botschafter gegen Rassismus

GdP-Vize Schilff, der Malchow bei der Feierstunde vertrat, sagte in der Laudatio für die 2. Preisträger „Wir nehmen jeden mit! – Rheinbahn Ausbildung gegen Rassismus, Sexismus und Gewalt“ des 2. Lehrjahres der Rheinbahn AG in Nordrhein-Westfalen: „Ihr Auszubildende habt Euer Unternehmen zu einem Botschafter gegen Rassismus und für ein demokratisches Miteinander gemacht“. Gerade in der Bahn und im öffentlichen Raum insgesamt, komme es auf Verständnis und gegenseitige Akzeptanz an. „Ihr habt dies erkannt und Euch dieser besonderen Verantwortung gestellt.“



Das freut mich als jemand, der aus dem Bereich der Polizei kommt, besonders“, betonte Schilff. Die öffentliche Ordnung aufrechtzuerhalten sei tägliche Arbeit für seine Kolleginnen und Kollegen. „Wichtig, dass auch von anderer Seite dazu Flagge gezeigt wird, vor allem in Zeiten, in denen Flüchtlinge – und nicht nur die, bedroht, angefeindet und angegriffen werden“, so der Gewerkschafter. Mit deren Aufkleber- und Postkartenaktion in Bus und Bahnen würden täglich viele Reisende erreicht.

Mit Flüchtlingsfrage auseinandergesetzt

Den dritten Preis erhielt die Schülervertretung der Berufsbildenden Schule Kusel in Rheinland-Pfalz für ihren Beitrag „Hand in Hand auf dem Rossberg“. Schilff hob in seiner Laudatio hervor, dass die Schülerinnen und Schüler sich mit der aktuellen Flüchtlingsfrage und den damit verbundenen Herausforderungen an ihrer Schule auseinandergesetzt haben. „Ihr habe euch Gedanken gemacht, wie die Flüchtlinge an eurer Schule willkommen aufgenommen werden können und wie ihnen der Alltag erleichtert werden kann.“ Der stellvertretende Bundesvorsitzende verwies darauf,



„Gegen Rechtsextremismus“: Der Gewinner des Sonderpreises Brandenburg Christopher Wieprecht (2. v. l.) mit Dr. Dietmar Woidke, Dietmar Schilff und Giovanni Pollice (v. l.)
Foto: Kumpelverein



PREISVERLEIHUNG



Dietmar Schilff würdigt die Wettbewerbssieger vom Berufskolleg Opladen.

dass diese Thematik seine Kolleginnen und Kollegen seit Monaten alltäglich in ihrer Arbeit beschäftigt und dies auch noch länger so bleiben werde.

„Wie wir habt ihr Sprachbarrieren zu überwinden, interessiert Euch für das Leben der Flüchtlinge und seid geschockt und sprachlos angesichts der Erzählungen der Flüchtlinge über ihre Flucht. Durch diesen frühen und intensiven Kontakt wurde auch ein freundlicher Umgang untereinander möglich.“

Haltung zu zeigen ist wichtig

Das Werben für Toleranz und Weltoffenheit ist nach den Worten von Brandenburgs Ministerpräsident Woidke heute wichtiger denn je. Er würdigte in seiner Rede für den 1. Preis, das Filmprojekt „Die 30 Menschenrechte“ der berufsvorbereitenden Klasse des Berufskollegs in Opladen in NRW, das Engagement der Gewerkschaften für diese Werte: „Es ist heute wichtig Haltung zu zeigen

und klar zu machen: Rechtsradikalismus hat nicht die Mehrheit hinter sich, die Mehrheit steht für Toleranz und Menschlichkeit!“

Sonderpreise vergeben

Der ausgelobte Sonderpreis des Landes Brandenburg ging an Christopher Wieprecht aus Angermünde, der sich im Raum Brandenburg auf vielfältige Weise für Flüchtlinge und gegen Rechtsextremismus engagiert.

Den Sonderpreis der DGB-Jugend NRW überreichte der Landesjugendsekretär Eric Schley an die DGB-Jugend Dortmund-Hellweg, die zusammen mit dem Lernzentrum von Borussia Dortmund Anti-Diskriminierungsworkshops für Schülerinnen und Schüler durchführen. „Die Gewerkschaften und die Fußball-Szene gehen die Themen Rassismus und Diskriminierung gemeinsam an“, bekräftigte Schley. **PM/wsd**



(v.l.n.r.): Dr. Klaudia Tietze (Geschäftsführerin Kumpelverein), Eric Schley (DGB Jugend NRW), Maik Bischoff (SPD-Fraktionsvorsitzender Landtag Brandenburg), Doro Zinke (DGB Berlin Brandenburg), Dietmar Schilff, Giovanni Pollice und Dr. Dietmar Woidke. Fotos (2): Kumpelverein



DISZIPLINARRECHT

Für die polizeiliche Praxis

Von **Christoph Keller**.



3. Auflage 2016

Umfang: 414 Seiten

Format: DIN A 5, Broschur

Preis: 24,90 € [D]

ISBN 978-3-8011-0748-2

Im Mittelpunkt dieses Buches steht das formelle Disziplinarrecht. Das behördliche Disziplinarverfahren und die Bemessung von Disziplinarmaßnahmen bilden dabei die thematischen Schwerpunkte. Das Buch will Hilfestellung geben und beteiligte Personen durch das Disziplinarverfahren „begleiten“.

Zugrunde gelegt wird nordrhein-westfälisches Landesrecht und Bundesrecht (LDG NRW/BDG). Die Parallelvorschriften der anderen Bundesländer werden in Zusammenhang mit den behandelten Vorschriften des LDG NRW/BDG genannt und auf landesrechtliche Besonderheiten wird bei Bedarf eingegangen.

Für die 3. Auflage wurde dieses Buch neu bearbeitet und wesentlich ergänzt. Änderungen in der Rechtsprechung – insbesondere zur Wahrheitspflicht betroffener Beamter – wurden vom Autor berücksichtigt. Überdies förderte die Rechtsprechung „neue“ Probleme zutage, die in diesem Buch ihren Niederschlag finden, z. B. zur (Un-)Zulässigkeit von – gesetzlich nicht geregelten – Observationsmaßnahmen im Disziplinarverfahren. Eine tabellarische Übersicht einzelner Disziplinarmaßnahmen, die der schnellen Orientierung dient, schließt das Buch ab.



DER AUTOR

Christoph Keller, *Polizeioberst, hauptamtlicher Dozent für Eingriffsrecht und öffentliches Dienstrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.*



Christoph Keller



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

„Rolle der Polizei im NS-Staat“

Fachtagung des Bundesjugendvorstandes im polnischen Krakau

„Das der Nationalsozialismus aus einer Demokratie hervorgegangen ist, sollte uns eine Warnung sein, die Wichtigkeit dieses Themas niemals aus den Augen zu verlieren. Dies gilt für jeden Bürger und für uns als Gewerkschafter und Polizisten besonders. Wenn wir es nicht schaffen, aus der Vergangenheit zu lernen, dann kann es passieren, dass wir das Geschehene noch einmal erleben müssen“, sagte der GdP-Bundesjugendvorsitzende Kevin Komolka anlässlich einer Fachtagung des Bundesjugendvorstandes zu den Themen „Gedenken und Erinnern“ und „Rolle der Polizei im NS-Staat“ Anfang April im polnischen Krakau. Er betonte: „Es ist unser aller Verantwortung, dass die Gräueltaten des Nationalsozialismus nie wieder passieren.“

Polizei im NS-Staat

Zu Beginn der Tagung sprach Dr. Dirk Götting von der Polizeiakademie Niedersachsen in einem Fachvortrag zur Rolle der Polizei im NS-Staat. Die Erkenntnisse aus der Polizeiforschung belegen inzwischen, dass im Nationalsozialismus alle Sparten der Polizei, so auch die uniformierte Ordnungspolizei, an der Unterdrückung, Deportation und Vernichtung von Millionen Menschen aktiv beteiligt gewesen sind. In dreieinhalb Stunden veranschaulichte Dr. Götting eindrucksvoll die Entwicklung von einem Rechtsstaat zu einem Befehls- und Maßnahmenstaat, der mit Einführung der Schutzhaft als politischen Haftgrund im Februar 1933 und der wenig später erfolgten Aufhebung des Rückwirkungsgebots bereits

grundlegende Voraussetzungen eines Rechtsstaates vermissen ließ.

Das Aussetzen von Gesetzen auf Be-

fehl führte nicht nur zum Verlust jeglicher Rechtssicherheit, sondern setzte auch das Gebot der Rechtsgleichheit außer Kraft. Das nach der Beendigung des Krieges 1945 lediglich zwischen 8 und 20 Prozent der Polizisten in den Gebieten der westlichen Besatzungsmächte aus dem Polizeidienst entlassen wurden, war ebenfalls bemerkenswert und erscheint heute nur schwer nachvollziehbar. Der Vortrag verdeutlichte aber auch die Notwendigkeit funktionierender und fester demokratischer Verhältnisse zur Verhinderung grundlegender Systemveränderungen und die Wichtigkeit, weiterhin für eine po-



Der Ort der Vernichtung – die Reste eines Krematoriums stehen gleichbedeutend für die Ermordung von 1,5 Millionen Menschen.

Foto: Rohde

Insgesamt nahmen 35 Kolleginnen und Kollegen aus Bundes-, Landes- und Bezirksjugendvorständen an der Veranstaltung der JUNGEN GRUPPE (GdP) teil. Foto: Hoyer



lizeiliche Berufskultur einzustehen, die Widerspruch zulässt und akzeptiert.

Besuch der Gedenkstätte Auschwitz-Birkenau

Bei einer sechsstündigen Führung wurden die Abgründe menschlichen





Nur noch wenige Baracken sind in Auschwitz-Birkenau erhalten. Foto: Rohde

Handelns nachdrücklich bewusst: Kein Film, kein Bild, kein Buch kann die Erfahrung vor Ort ersetzen. Das ehemalige Konzentrationslager zeigt unverhohlen, wozu Menschen im Stande sind. Es ist ein grauenvoller Ort, an dem nichts, aber auch gar nichts, schön ist. Allein in Auschwitz wurden etwa anderthalb Millionen Menschen, ein Großteil davon Juden, innerhalb

kürzester Zeit entpersonalisiert und ermordet. Die Führung lieferte nicht nur umfangreiche Eindrücke, sondern machte das unvorstellbare Ausmaß der Vernichtung deutlich. Wut, Fassungslosigkeit und Traurigkeit waren die Folge. „Dieses schrecklichste Kapitel unserer jüngeren Vergangenheit erfordert zwingend, dass es um die weitere intensive und verantwortungsvolle Aus-

einandersetzung mit dem Holocaust geht, aber unbedingt ohne eine nicht bestehende Schuldzuweisung für die Nachfolgegenerationen“, sagte der im Geschäftsführenden Bundesvorstand für die JUNGE GRUPPE (GdP) zuständige stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende Dietmar Schilff, der die Reise der jungen Polizistinnen und Polizisten begleitete.

Was dies für die aktuelle gewerkschaftliche Arbeit bedeutet, wurde am dritten und letzten Tag der Fachveranstaltung gesondert beleuchtet. Im Rahmen mehrerer „Workshops“ wurde noch einmal gezielt auf die beiden Themenkomplexe eingegangen. Dabei wurde immer wieder auf den gewerkschaftlichen Bildungsauftrag verwiesen. Aber auch Veranstaltungen an Polizeischulen unter Herausstellung lokaler Bezüge zur Vermittlung poli-

Anzeige



**SCHLIESS AB!
SICHER IST SICHER**

www.PolizeiDeinPartner.de

INFORMIEREN. AGIEREN. VORBEUGEN.

**POLIZEI
DEIN PARTNER**

Gewerkschaft der Polizei

Das Präventionsportal

JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps hierzu auf dem **Präventionsportal** der Gewerkschaft der Polizei


Grabsteine erinnern an die Ermordeten

Foto: Rohde

zeigeschichtlicher Erkenntnisse sollten regelmäßig erfolgen. Zumal die Frage, inwieweit die eigene Polizeigeschichte von 1933 bis 1945 in den Lehrplänen

von Polizeischulen enthalten ist, durch die Anwesenden als oftmals unzureichend beschrieben wurden.

Ein besonderes Augenmerk wurde auf die Gedenkkultur in Deutschland gelegt. 71 Jahre nach der Befreiung von Auschwitz wird die Anzahl der Zeitzeugen zunehmend geringer. Ihre Erlebnisse und Erzählungen müssen für nachfolgende Generationen nicht nur festgehalten, sondern auch zielgruppenadäquat aufbereitet werden. Insgesamt hielten die Teilnehmer fest, dass anlässlich der schrecklichen Gräueltaten des Nationalsozialismus in Deutschland die Gedenkkultur intensiver gepflegt werden könnte.

In der Frage, was im eigenen Bestreben gegen „Rechts“ getan beziehungsweise verbessert werden kann, wurde neben einer intensiveren Bil-

dungsarbeit insbesondere die verstärkte Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen, aber auch staatlichen Institutionen wie Jugendämtern vorgeschlagen. Gerade in strukturschwächeren und ländlichen Regionen dürfen Neonazis keine Entfaltungsmöglichkeiten erhalten. Konkret wurden Freizeitangebote für junge Menschen genannt.

Der Nationalsozialismus ist das dunkelste Kapitel der deutschen Geschichte. Es ist unsere Verantwortung, zu verhindern, dass rechtes Gedankengut wieder in unserer Gesellschaft populär wird. Das Geschehene darf niemals in Vergessenheit geraten und so etwas nie wieder passieren, lautete das einmütige Fazit der Fachtagung.

Torsten Rohde
SOZIALES

24-Stunden-Kita: Streit um Betreuung zu ungewohnten Zeiten

Von Thomas Gesterkamp

Vor allem in den östlichen Bundesländern öffnen Kindertagesstätten rund um die Uhr. Die Politik lobt die Idee als hilfreiches Angebot für Schichtarbeiter und Alleinerziehende, doch es gibt auch Bedenken und Kritik.

Nachmittags ab vier Uhr werden allmählich die Stühle hochgestellt. Immer mehr Mütter und Väter treffen ein, Kinder laufen ihnen fröhlich entgegen. Die Erzieherinnen freuen sich auf den freien Abend, um Punkt fünf schließt die Einrichtung ihre Pforten. Kita-Alltag seit Jahrzehnten gerade im Westen Deutschlands. Doch die Idylle täuscht. Denn immer mehr erwerbstätige Eltern hadern mit diesen starren Öffnungsregeln, wünschen sich mehr Flexibilität.

Schwedt in Brandenburg, eine Industriestadt an der Oder in der Nähe der polnischen Grenze. Auch bei den „Schnatterenten“ ist es nach 16 Uhr ruhiger geworden. Doch hier werden um diese Zeit nicht nur Kinder abgeholt, sondern auch neue gebracht. Die von Doreen Haase zum Beispiel. Für die alleinerziehende Mutter beginnt in einer Stunde die Schicht im Callcenter. Sohn und Tochter wird sie deshalb erst

am nächsten Morgen wiedersehen – mitten in der Nacht macht es wenig Sinn, sie aus dem Schlaf zu reißen. Sie liebe ihre Kinder, betont Haase, doch in der strukturschwachen Region hatte sie nur die Wahl zwischen dem Abendjob und Hartz IV. Die Kinderbetreuung über Nacht außer Haus findet sie „nicht ideal“; das helfe ihr aber, einen gewissen Lebensstandard selbst zu erwirtschaften.

Ungewöhnliche Öffnungszeiten

Kirchdorf am südlichen Rand von Hamburg, ein Stadtteil, der von kleinen Eigenheimen, teils auch von Hochhäusern geprägt ist. Die „Krümelkiste“ bietet ebenfalls ungewöhnliche Öffnungszeiten an. „Wenn Bedarf besteht, können die Kinder auch hier schlafen“, betont Kita-Leiterin Silvia Cihak. In der Praxis komme das jedoch eher selten vor. Viel wichtiger


Thomas Gesterkamp ist Journalist und Autor in Köln.

Foto: privat

für die Eltern sei die Garantie, dass die Einrichtung nicht zu einem fixierten Termin komplett dichtmacht.

Arne Bergmann* zum Beispiel nutzt das 24-Stunden-Konzept der „Krümelkiste“ als zeitlichen Puffer gegen Staus auf der Autobahn. Wird es deutlich später als ursprünglich erwartet, kann der alleinerziehende Lastwagenfahrer in Ruhe seine Tour beenden und danach entspannt sein Kind in Empfang nehmen. Gegen 21 Uhr, berichtet Einrichtungsleiterin Cihak, verlassen in der Regel auch die letzten Kleinen ihre Kita. Übernachtungen seien eben „die große Ausnahme“, es gehe vor allem um die Ausweitung der sogenannten Randzeiten.

Manche Eltern starten um sechs Uhr morgens in ihre Schicht, andere wünschen sich eine größere Flexibilität der Tagesstätte am Vormittag. Stefan Häusler ist als selbstständiger Projektarbeiter nicht an einen starren Stundenplan gebunden. Er möchte



SOZIALES

nach dem Aufstehen erst mal „ganz entspannt Zeit mit dem Kind verbringen und nicht gleich in die Kita hetzen“. Ähnlich argumentiert Kirsten Mahling, eine Alleinerziehende, die freiberuflich als Künstlerin tätig ist. Wichtiger als ein Betreuungsangebot am frühen Morgen wäre für sie, „bei Abendveranstaltungen wie etwa einer Vernissage mein Kind gut untergebracht zu wissen“.

In die Hamburger „Krümelkiste“ können Kinder auch erst um 11 oder 12 Uhr kommen. Optimal für die organisatorischen Abläufe in der Kita sei das allerdings nicht, gibt Silvia Cihak zu bedenken: „Aktivitäten wie Ausflüge oder bestimmte Sportangebote finden häufig vor dem Mittagessen statt.“ Der Rund-um-die-Uhr-Betrieb ist auch für ihre Mitarbeiterinnen eine große Herausforderung. Ohne Schichtdienste beim eigenen Personal, betont die Kita-Chefin, sei die von Eltern besonders nachgefragte zusätzliche Versorgung am späten Nachmittag und frühen Abend gar nicht zu stemmen.

Rücksicht auf wen?

Kinderbetreuung als perfekte Dienstleistung für hochflexible Ar-

beitnehmer? Hier sind auch andere Lesarten möglich: Ist es immer eine zwingende Notwendigkeit, wenn Menschen zu ungewohnten Zeiten arbeiten müssen? Wer hat auf wen Rücksicht zu nehmen? Diktiert ausschließlich der Zeitplan der Arbeitgeber, wann Erwerbstätige mit ihren Kindern zusammen sein können? Oder gibt es jenseits betrieblicher Interessen auch eine gesamtgesellschaftliche Verantwortung von Unternehmen und Institutionen, Eltern entgegenzukommen? Bestimmte Abend- und Nachtschichten bei der Polizei oder in Krankenhäusern sind unvermeidbar. Doch solche eher familienfeindlichen Arbeitszeiten, mahnen Kritiker etwa aus den Reihen der Kirchen und Gewerkschaften, sollten die Ausnahme bleiben und nicht zur akzeptierten Regel werden.

Unter dem Motto „Twenty four – seven“ propagieren Unternehmensberater schon seit Längerem ein angeblich modernes Arbeitsprinzip: stets im Einsatz, 24 Stunden täglich, sieben Tage die Woche. Im Betrieb zu Hause und zu Hause online. In einer solchen Rund-um-die-Uhr-Ökonomie wird es kompliziert, abzuschalten und eine klare Grenze zwischen den verschie-

denen Lebensbereichen zu ziehen – nicht nur als Ärztin, Busfahrer oder Streifenbeamter.

Schon die übliche 40-Stunden-Woche plus Wegezeiten und freiwilliger Mehrarbeit ist für Familien ein ständiger Balanceakt – vor allem dann, wenn beide Elternteile eine volle Stelle haben. Im Westen Deutschlands wurde dieses Vereinbarkeits-Dilemma jahrzehntelang durch die strikte Arbeitsteilung zwischen den Geschlechtern gelöst: Der männliche Allein- oder zumindest Haupternährer hatte an seiner Seite die Hausfrau oder Zuverdienerin. Im sozialistischen Osten sollten umfangreiche Angebote staatlicher Betreuung die gleichberechtigte Berufstätigkeit ermöglichen.

Streit in Rostock

Die aktuelle Debatte um die Versorgung rund um die Uhr wird in den neuen Bundesländern besonders kontrovers geführt – mit teilweise über-raschenden Fronten. So will Lorenz Caffier, der CDU-Innenminister von Mecklenburg-Vorpommern, in Rostock ein Pilotprojekt durchsetzen, das Tag und Nacht geöffnet ist. Nach dem Vorbild der Landeshauptstadt

Reise & Erholung



Action mit wasser-craft in Tirol

Spezial Polizeiangebote:
Raft- & Canyontour €/Person 118,-
Unterkunft über uns buchbar.

Infos: +43 5252 6721
office@rafting-oetztal.at
www.rafting-oetztal.at



Franken bei Bamberg, eigene Metzgerei. Waldreiche Gegend, Lift, 75 Betten, Menüwahl, HP 5 Tage ab 178,- €, Gruppenangebote anfordern. Tel. 0 95 35/2 41, www.zur-sonne-urlaub.de

Herzlich willkommen zu Ihrem abwechslungsreichen

Action-Urlaub in Haiming / Tirol!

Spezialpreise für Polizeigruppen!

Rafting Imster Schlucht +
Canyoning Auerklamm
+ 2 Übernachtungen mit Frühstück
im unserem Haus und einen
Grillabend

Preis: € 165,- p. P.

Anmeldungen / Angebote unter:
Outdoor Refugio Otto
Alte Bundesstraße 44
A-6425 Haiming / Tirol
Tel. 0043 5266 888 65
Mobil 0043 680 11 68 408
E-Mail: info@outdoor-refugio.com
www.outdoor-refugio.com

Nordseeheilbad Cuxhaven, attrkt. Fewo. für 2 Personen, 70 m² groß, 35 € pro Tag, Tel.: 0 47 24/7 56, Handy: 01 72/5 99 07 40, E-Mail: lufri@kabelmail.de, Internet Präsentation: www.cux-unterkunft.de/ferienwohnung-ferienhaus/attraktive-ferienwohnung-in-luedingworth/



TOP ANGEBOT
1x Rafting & Canyoning
1x Grillplatte & Foto CD
2x UF/Pension DU-WC
Angebot pro Person
nur € 149,-

RAFTING - CANYONING - KLETTERSTEIG
ACTION & ABENTEUER // Tel. +43 5252 200 38
info@cankick.at // www.cankick.at

Sanatorium Anders
Bad Füssing

Niedrigster Tagessatz € 69,00
Beihilfefähig §30GewO

- Arzt & Behandlung im Haus
- Beh.-Preise nach Beihilfe-VO
- Breites Indikationsspektrum

Rheuma, Schmerzen in Hüfte, Knie, Fuß oder Rücken - wir helfen Ihnen, Ihre Schmerzen zu lindern.

Kostenloses Prospekt:
Tel.: 0 85 31 / 2 40 40
www.KS-Anders.de

www.polizeifeste.de

Alle Polizeifeste

auf einen Blick

www.PolizeiDeinPartner.de



„Ein Rechtsstreit kommt meistens unverhofft, dauert immer länger und wird immer teurer!“

ADVOCARD
ANWALTS LIEBLING



Ausgeliefert ohne Rechtsschutz? Nicht mit der ADVOCARD Verkehrs-Rechtsschutzversicherung!

Für GdP-Mitglieder günstig und leistungsstark. Mit der ADVOCARD erhalten Sie Rechtsschutz u.a. als:

- Kfz-Halter/-Eigentümer sowie als Fußgänger und Radfahrer
- Fahrer fremder Kfz oder als Fahrgast in öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln

Wahlweise als **Single Tarif** (mitversichert sind auch Ihre Kinder. Volljährige Kinder, wenn sie weder berufstätig, verheiratet oder in einer Lebenspartnerschaft leben) oder als **Familien/Partner Tarif**.

Schnell, unbürokratisch und flexibel – auf den ADVOCARD Rechtsschutz können Sie sich verlassen.

- Keine Selbstbeteiligung im Schadenfall • Keine Wartezeit • Notruf-Hotline aus dem Ausland und Übernahme der Dolmetscherkosten

Rufen Sie uns an, wir beantworten gerne Ihre Fragen: OSG der Gewerkschaft der Polizei: (0211) 710 42 02

Bitte senden an: OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH, Abt. Versicherungen, Forststraße 3a, 40721 Hilden, per Fax: 0211 / 710 42 72, per E-Mail: Diana.Luehr@GdP.de

Name, Vorname	<input type="text"/>		
Straße, Haus-Nr.	<input type="text"/>		
PLZ	<input type="text"/>	Wohnort	<input type="text"/>
Geburtsdatum (TT.MM.JJJJ)	<input type="text"/>	GdP-Mitgliedsnummer	<input type="text"/>
Name, Vorname des mitversicherten Lebenspartners	<input type="text"/>	E-Mail	<input type="text"/>

Ich wünsche ab

(frühestens einen Tag nach Eingang bei der OSG)

den Verkehrs-Rechtsschutz mit Fußgänger Rechtsschutz

verwaltet durch die OSG der Gewerkschaft der Polizei mbH

Versicherungssumme: 1.000.000 € je Rechtsschutzfall und zusätzlich bis zu 200.000 € als Darlehen für Strafkautionen.

Single Tarif jährlich **61,90 €***
(§18 Abs. 2 u. 3 ARB 2014)

Familien/Partner Tarif jährlich **82,20 €***
(§18 Abs. 1 u. 2 ARB 2014)

Vorversicherung nein ja, bei

(bitte immer angeben) gekündigt vom Versicherungsnehmer Versicherer

Datum (TT.MM.JJJJ)

Unterschrift

SEPA-Lastschriftmandat

Ich ermächtige die OSG der Gewerkschaft der Polizei-Gläubiger-Identifikationsnummer: DE 22 ZZZ 000000 67861 – widerruflich, Beiträge von meinem Konto einzuziehen. Zugleich weise ich mein Kreditinstitut an, die dieses Konto betreffenden Lastschriften der OSG einzulösen. Hinweis: Ich kann innerhalb von acht Wochen, beginnend mit dem Belastungsdatum, die Erstattung des belasteten Betrages verlangen. Es gelten dabei die mit meinem Kreditinstitut vereinbarten Bedingungen. Die Mandatsreferenz teilt die OSG vor der ersten Abbuchung mit.

IBAN

BIC

Kreditinstitut

Datum, Unterschrift des Kontoinhabers

Bitte senden Sie mir ein Angebot zum Privat- und Wohnungsrechtsschutz.

* **Beiträge:** Für die Zeit vom Vertragsbeginn bis zum Ende des laufenden Kalenderjahres der anteilige Jahresbeitrag, danach für jedes Kalenderjahr der volle Jahresbeitrag wie oben inkl. gesetzl. Versicherungssteuer, zzt. 19 % (Fälligkeit Februar). Die Beitragsleistung soll jeweils bei Fälligkeit erfolgen. **Vertragsdauer:** Bis zum 31. Dezember des Jahres, das dem Jahr des Vertragsbeginns folgt. Der Versicherungsvertrag verlängert sich stillschweigend jeweils um 1 Jahr, wenn er nicht spätestens 3 Monate vor Ablauf der Versicherungsdauer schriftlich gekündigt wird. Der Vertrag zwischen dem Versicherungsnehmer und der Versicherungsgesellschaft erlischt ohne besondere Erklärung mit der Beendigung der Mitgliedschaft bei der GdP.

SOZIALES

Schwerin, wo es bereits zwei solcher Einrichtungen gibt, möchte er vor allem im Schichtdienst arbeitende Eltern entlasten. Ein ehrbares Ziel, doch Steffen Bockhahn, der Sozialsenator der Hansestadt, zögert mit seiner Zustimmung. Bedenken hat der Politiker der Linkspartei nicht nur wegen der unklaren Finanzierung des Vorhabens, er verweist auch auf das Kindeswohl.

Eine seitenverkehrte Welt? Waren es doch einst überwiegend konservative Meinungsführer, die gegen die „Fremdbetreuung“ wetterten – während andere, eher progressive Kräfte vehement den Ausbau der öffentlichen Einrichtungen unterstützten. In dem derzeitigen Streit sind die alten polarisierten Kontroversen Vergangenheit. Der Disput dreht sich im Kern um ein sozialetisches Thema: Wie sehr darf Erwerbsarbeit das Privatleben dominieren?

Aus guten Gründen hat die Arbeitsbewegung seit dem 19. Jahrhundert immer wieder für eine Verkürzung der täglichen Arbeitszeit gestreikt. Der heute altmodisch klingende Begriff „Feierabend“ markiert seither eine historische Errungenschaft, ein persönliches Refugium. Denn Spielräume für Familie und Freunde, für Hobbys oder Ehrenämter können sich nur ergeben, wenn das Private nicht zum Restposten

verkommt, sich Lebensentwürfe nicht vollständig der entlohnten Tätigkeit unterordnen müssen.

Das Engagement der Kirchen für den freien Sonntag, der Widerstand der Gewerkschaften gegen unnötige Samstagsarbeit, der Versuch von Betriebs- und Personalräten, abendliche Überstunden einzuschränken: Das waren und sind keine nostalgischen Kämpfe, sondern wichtige Elemente einer Auseinandersetzung, in der Beschäftigte der Arbeitswelt als einzigem Taktgeber Grenzen setzen.

Alternative zu Hause?

Eine bessere öffentliche Versorgung kann in bestimmten Berufsfeldern und Lebenssituationen dazu beitragen, Vereinbarkeitsprobleme von Müttern und Vätern zu lösen. Bundesfamilienministerin Manuela Schwesig plant deshalb in den kommenden drei Jahren das 100-Millionen-Programm „KitaPlus“, das bis 2018 den Ausbau der Kinderbetreuung in den Randzeiten fördern soll. Sie reagiert damit zum Beispiel auf die längeren Öffnungszeiten im Einzelhandel oder auf die flexiblen Anforderungen im Dienstleistungssektor.

Eltern, die allein erziehen oder als

Paar parallel in der gleichen, ungünstig gelegenen Schicht arbeiten müssen, brauchen auf sie zugeschnittene Angebote. Allerdings gibt es dafür noch andere Möglichkeiten als die Rundum-die-Uhr-Kita: etwa den verstärkten Einsatz bezahlter Pflegerinnen und Pfleger, die den Nachwuchs im elterlichen Haushalt betreuen. Und im Notfall kann auch ein kleines Kind mal eine Nacht außerhalb seiner gewohnten Umgebung verbringen.

Die aktuell diskutierte Einführung eines Nonstop-Service als Standardangebot setze ein falsches Signal, meint Norman Heise, Vorsitzender der Landeselternvertretung in Berlin. „Die Unternehmen sollten von ihren Mitarbeitern gar nicht verlangen können, dass sie ihre Kinder über Nacht zurücklassen“, kritisiert er. Die Familie habe sich nicht einseitig nach den Vorgaben der Wirtschaft zu richten. Eine 24-Stunden-Betreuung der Kinder liegt so gesehen keineswegs im Interesse der Eltern: Sie dient vorrangig jenen Betrieben, die trotz machbarer Alternativen unbedingt an ihren gewohnten Zeittakten festhalten wollen: Vereinbarkeit betrachten sie als individuelles Problem, das die Kita-Anbieter mit Turbo-Dienstleistungen lösen sollen.

* Namen teilweise geändert

Kapitalmarkt

Beamten Darlehen 10.000 €-120.000 €
 ■ Glückszins Kredite für Sparfische
 ■ Umschuldung: Raten bis 50% senken
 ■ Baufinanzierungen echt günstig
0800 - 1000 500 Free Call
 Wer vergleicht, kommt zu uns.
Seit über 35 Jahren.



Deutschlands günstiger Autokredit
2,77% effektiver Jahreszins
 5.000 € bis 50.000 €
 Laufzeit 48 bis 120 Monate
 Repräsentatives Beispiel nach §6a PAngV: 20.000 €, Lfz. 48 Monate, 2,77% eff. Jahreszins, fester Sollzins 2,74% p.a., Rate 441,- €, Gesamtkosten 21.137,19 €
www.Autokredit.center

AK FINANZ
 Kapitalvermittlungs-GmbH
 E3, 11 Planken
 68159 Mannheim
 Tel.: (0621) 178180-0
Info@AK-Finanz.de

Spezialdarlehen: Beamte / Angestellte ö.D. / Berufssoldaten / Akademiker
 Günstiges Darlehen rep. Bsp. 40.000 € Sollzins (fest gebunden) 2,95%, Lfz. 7 Jahre, mtl. Rate 528,00 €, eff. Jahreszins 2,99%, Bruttobetrag 44.317,65 €, Sicherheit: Kein Grundschuldentwurf, keine Abtretung, nur stille Gehaltsabtretung, Verwendung: z.B. Modernisierung rund ums Haus, Ablösung teurer Ratenkredite, Möbelkauf etc. Vorteile: Niedrige Zinsen, kleine Monatsrate, Sondertilgung jederzeit kostenfrei, keine Zusatzkosten, keine Lebens-, Renten- oder Restschuldversicherung.

Hypotheken, Beamten- u. Angestelltendarlehen Forwarddarlehen, Ratenkredite
 Lösen Sie teure Kredite ab und senken Sie die monatlichen Kosten.
 Individuelle Beratung und beste Konditionen vermittelt:
IFS Hans-Joachim Janke
 Königswall 1 • 44137 Dortmund
www.ifs-janke.de • Tel. 02 31/9 14 51 45

Top-Finanzierung für Beamte, Angestellte, Arbeiter im Öffentlichen Dienst sowie Akademiker **Seit 1997**

Unser Versprechen: „Nur das Beste für Sie aus einer Auswahl von ausgesuchten Darlehensprogrammen“

Schnell und sicher für jeden Zweck: Anschaffungen, Ablösungen von anderen Krediten oder Ausgleich Kontoüberziehungen.

Festzinsgarantie bei allen Laufzeiten: Ratenkredite bis 10 Jahre, Beamten Darlehen von 12 bis 20 Jahre.

→ Unverbindliche Finanzierungsberatung für Sie. Rufen Sie uns jetzt gebührenfrei an oder besuchen Sie unsere Webseite.

Top-Finanz.de • Nulltarif • 0800-33 10 332
 Andreas Wendholt • Kapital- & Anlagevermittlung • Prälat-Höing-Str. 19 • 46325 Borken



JETZT INFORMIEREN!

Viele Informationen und Tipps auf dem Präventionsportal der Gewerkschaft der Polizei

POLIZEI DEIN PARTNER
 Gewerkschaft der Polizei
 Das Präventionsportal

KREDIT bis € 80.000,-
PECUNIA GmbH seit 1980
 einfach – schnell – seriös
 ohne Schufa bis € 10.000 – keine Bearbeitungsgebühr – Laufzeit bis 10 Jahre – auf Wunsch keine Restschuldversicherung – bis zum 90. Lebensjahr
Tel. 02 01/22 13 48
 45127 Essen • Gänsemarkt 21
www.pecunia-essen.de

www.PolizeiDeinPartner.de



Kurras, die DDR-Staatsicherheit und die West-Berliner Polizei – Welchen Einfluss hatte das MfS?

Von Kurt Schilde

Am 2. Juni 1967 hat der damalige Kriminalobermeister Karl-Heinz Kurras den Studenten Benno Ohnesorg erschossen. Die Diskussion über diesen Todesfall und seine bis heute ungeklärten Umstände ist 2009 wieder in Gang gekommen, als der Todesschütze als Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR (MfS) enttarnt wurde. Nach dem aufdeckenden Aufsatz der bei der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen tätigen Cornelia Jabs und Helmut Müller-Enbergs in der Zeitschrift „Deutschland Archiv“ sind zahlreiche Bücher mit detailreichen Informationen wie „Wer erschoss Benno Ohnesorg?“ (Armin Fuhrer) und „Die Stasi und der Westen – Der Kurras-Komplex“ (Sven Felix Kellerhoff) veröffentlicht worden.

Schon kurz nach der Enttarnung von Kurras beauftragte im Juli 2009 Berlins Polizeipräsident Dieter Glietsch den Forschungsverbund SED-Staat der Freien Universität mit einer wissenschaftlichen Untersuchung der Unterlagen. Die zunächst auf den Zeitraum von 1945 bis 1972/73 bezogene Auswertung von 180 Aktenbänden ist 2001 als „vertrauliche Studie“ übergeben worden. Anschließend bestellte der Polizeipräsident beim Forschungsverbund die Fortsetzung der Aktenauswertung für den Zeitraum von 1972 bis 1989. Die Ergebnisse der Aktenrecherche liegen als Band 21 der Studien des Forschungsverbundes SED-Staat an der Freien Universität Berlin vor: „Feindwärts der Mauer.“ Das Ministerium für Staatssicherheit und die West-Berliner Polizei. (Frankfurt am Main 2014, Verlag Peter Lang) Auf Nachfrage wurde vom Polizeipräsidentium mitgeteilt, dass die Forschungen von der Polizei Berlin mit zwei Mal 70.000 Euro gefördert wurden, die der Forschungsverbund und die FU um jeweils 30.000 aufgestockt haben.

Herausgegeben hat die Veröffentlichung der langjährige leitende Mitarbeiter des Forschungsverbunds Jochen Staadt zusammen mit dessen Leiter Klaus Schroeder. Diese basiert auf der umfassenden Durchsicht mehrerer zehntausend Akten der DDR-Staatsicherheit, die Staadt mit zwei Mitarbeitern und einer Mitarbeiterin sowie dem in der Schweiz an der Fachhochschule Nordwestschweiz tä-

tigen Dozenten für Zeitgeschichte Andreas Petersen durchgesehen haben.

„Die Demokratische Polizei“

Petersen beschäftigte sich mit dem angeblichen Informationsschreiben von Kollegen für Kollegen „Die Demokratische Polizei. Organ der Gruppe der Demokratischen Polizeibeamten Berlins“. Es ist seit August 1954 zunächst auf zwei gelblichen Blättern im DIN-A-4-Format „zuerst unregelmäßig, bald monatlich, dann alle zwei Wochen, mit Unterbrechungen fast fünfzehn Jahre lang“ vertrieben worden. In der Polizeibibliothek Berlin können sich Interessierte heute noch davon überzeugen, was in Berlin-Pankow mit westlicher Drucktechnik und auf westlichem Papier produziert wurde. Allerdings sollte man sich nicht auf die im Buch angegebene Signatur verlassen, sondern der Kollegin der Ausleihe besser die richtige nennen: AE 546.

„Werter Kollege! Im Auftrag mehrerer Kollegen, die die Entwicklung und die Verhältnisse in der Berliner Polizei schon seit längerer Zeit mit größter Sorge beobachten, wenden wir uns heute an Dich ...“ Die ersten Ausgaben des Blattes sind vermutlich bewusst dilettantisch als vervielfältigte Briefe, maschinengeschrieben, ohne Datum und Absender und unregelmäßig hergestellt worden. Die Auflagenhöhe bewegte sich zunächst zwischen zwei- und dreihundert Exemplaren, die

an einzelne Polizeibeamte verschickt wurden – als Absender fungierte ein „Kollege“. Viele Polizisten lieferten die ihnen zugegangenen Zeitungen unverzüglich beim Staatsschutz ab. Dieser wertete die erwähnten Namen und Dienststellen aus und sprach bei den vermeintlichen Absendern vor. Diese staunten nicht schlecht, was in ihrem Namen herumgeschickt worden war. Die Auflage konnte bis auf 2.500 Exemplare erhöht werden.

Einer der Hauptverantwortlichen für „Die Demokratische Polizei“ ist Fritz Redlin gewesen, der auch als einer der Führungsoffiziere die Agententätigkeit von Kurras angeleitet hat. Warum haben sich Redlin und seine Mitarbeiter bis zur Einstellung des Blattes 1971 so viel Mühe gegeben, Aktivitäten gegen die West-Berliner Polizei aufzubauen? Sie entwarfen ein Bild von Berlin als untergehende Stadt mit einer „versoffenen, morallosen und korrupten Polizeiführung“. Die Inhalte bezogen die Blattmacher aus westlichen Polizeizeitschriften, die beispielsweise von Margarete Jahnke – eine Kurierin von Kurras – ausgewertet wurden. Das Wichtigste aber waren Polizeiinternas, es ging um Pflichtverletzungen, Klatsch und Tratsch und auch um Sex and Crime – je konkreter und genauer, mit Namens- und Zeitangaben, desto fesselnder und glaubwürdiger. „So ließ sich über den Vorsteher des Spandauer Reviers 142, Hauptinspektor K., Intimes lesen: Er fahre mit seiner verheirateten Geliebten nicht nur mit dem Motorrad in den Stadforst, sondern habe sie auch im Büro empfangen, bis seine Ehefrau dahinter gekommen sei.“ Diese schlüpfrigen Details standen in der Nr. 4 aus dem November 1954. Ob dies Polizeibeamte vor 60 Jahren interessiert hat oder haben könnte? Allzu wichtig genommen wurde so etwas aber wohl nicht: „Solche Blättchen gab es so viele, die hat man gar nicht mehr gelesen.“ So Klaus Hübner, von 1969 bis 1987 Polizeipräsident, in einem Zeitzeugengespräch 2010. >



POLIZEILICHE BERUFSETHIK

Ein Studienbuch

Von **Ulrike Wagener**.

1. Auflage 2015

Umfang: 224 Seiten

Format: Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0576-1

VDP eBook

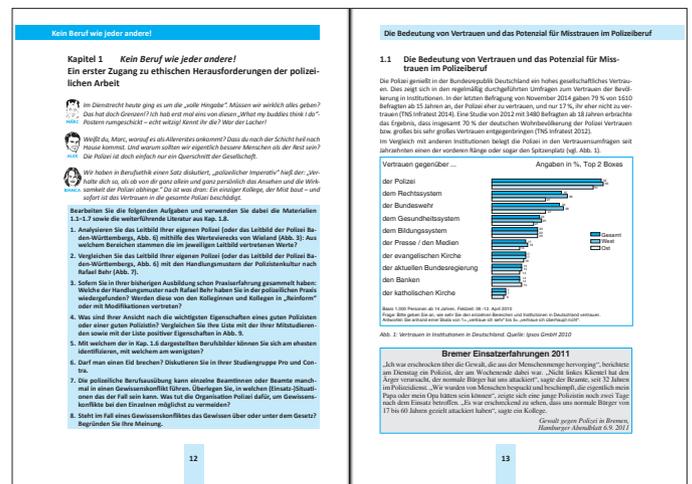
Format: EPUB, Mobipocket

Preis: 18,99 € [D]

Ausgehend von Fallbeispielen will dieses Studienbuch zur ethischen Analyse polizeilicher Alltagspraxis und zur Reflexion des eigenen Berufsverständnisses anleiten. Im Einzelnen handelt die Autorin folgende Themen ab:

- Berufsbilder und Berufsmotivation,
- der Diensteid als „Hochleistungsversprechen“,
- Achtung und Schutz der Menschenwürde als polizeiliche Aufgabe,
- die neuere Diskussion um die Folter,
- Menschenwürde der Polizeibeamtin/des Polizeibeamten,
- die Herausforderungen des staatlichen Gewaltmonopols,
- legitime und illegitime Gewalt,
- Umgang mit Opfern und Tätern bei häuslicher Gewalt,
- Verhältnis von Professionalität und Mitgefühl,
- Umgang mit Hinterbliebenen,
- Überbringen von Todesnachrichten,
- Verhältnis von Fürsorge und Selbstsorge,
- Umgang mit Stress und eigener Belastung.

Das Buch ist konzipiert für die polizeiliche Aus- und Fortbildung; insbesondere richtet es sich an Studierende im Bachelor-Studiengang für den gehobenen Polizeivollzugsdienst. Es vermittelt prüfungsrelevante Kompetenzen ethischen Denkens und Urteilens. Arbeitsaufgaben und Kontrollfragen ermöglichen es, den eigenen Lernfortschritt selbstständig zu überprüfen.



DIE AUTORIN

Dr. Ulrike Wagener, Professorin für Berufsethik an der Hochschule für Polizei Baden-Württemberg in Villingen-Schwenningen.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

Für eine noch zu schreibende Geschichte dieser Zeitschrift könnten auch deren Spuren in den Unterlagen des MfS nachgegangen werden: Den Adressaten von „Die Demokratische Polizei“ sind auch gefälschte Ausgaben der Gewerkschaftszeitung „DEUTSCHE POLIZEI“ zu gestellt worden.

Von Petersen stammt auch eine kleine Studie über die Wirkung von „Die Demokratische Polizei“. Als ein Beispiel nennt er einen kleinen Vorfall, der Anfang Dezember 1955 ins Rampenlicht der Berliner Öffentlichkeit gelangte: Der Stadtrat Hans Peters war in angetrunkenem Zustand in seinem Auto in Wilmersdorf angehalten worden. Es wurde suggeriert, dass der Politiker gegenüber der Öffentlichkeit gedeckt werden sollte. Tatsächlich gab es eine interne Untersuchung mit der Folge, dass ein Inspektionsleiter und zwei Reviervorsteher bestraft und entlassen wurden. Die Informationen stammten von dem Geheimen Mitarbeiter „Krokus“. Es handelte sich um Paul Schwensen, der vom Staatsschutz verdächtigt und beobachtet wurde. Nicht nur in diesem Fall zeigt sich ein Problem der Studie: Leider wird in der Regel zu wenig der Realitätsgehalt der dem MfS zugetragenen Informationen hinterfragt. Zwar hat es Peters tatsächlich gegeben. Das CDU-Mitglied gehörte 1946 bis 1949 der Berliner Stadtverordnetenversammlung an und lebte danach in Köln als Ordinarius für Staatsrecht an der dortigen Universität. Von 1952 bis 1961 war er Mitglied im Kölner Stadtrat. Aber warum hat die Geschichte – wenn sie denn wirklich so passiert ist – so ein großes Aufsehen erregt?

Wenn in den Anfangsjahren vielleicht noch unklar war, woher „Die Demokratische Polizei“ kam, schien dies bald keine Frage mehr zu sein. Daher konnte der Anschein eines unprofessionellen Oppositionsgruppchens in der West-Berliner Polizei faktisch aufgegeben werden. Aber die Zeitung verlor mehr und mehr den direkten Bezug zum Polizeialltag und damit an Attraktivität und Bedeutung. Ein neues Hauptangriffsziel wurde der Kommandeur der Schutzpolizei (ab 1962 Polizeipräsident) Erich Duensing, auf dessen Biografie 1958 in sechs Folgen eingegangen wurde. Er sollte nach den tödlichen Schüssen auf Benno Ohnesorg mit seinem „Leberwurst-Prinzip“ zur Auflösung von Demonstrationen die Polizei in Verruf

bringen: „Nehmen wir die Demonstranten als Leberwurst, dann müssen wir in die Mitte hineinstecken, damit sie am Ende auseinanderplatzt.“ So zitiert ihn sein Nachfolger Hübner in den 1997 veröffentlichten Erinnerungen „Einsatz“. Duensing wurde 1967 auf eigenen Wunsch beurlaubt, bald darauf in den Ruhestand versetzt und ist 1982 verstorben.

SED-Mitglieder

Es ist erstaunlich, wie viele SED-Mitglieder, die aus ihrer politischen Orientierung in der Regel kein Geheimnis machten, bei der West-Berliner Polizei beschäftigt waren und mit dem MfS zusammengearbeitet haben. Die Geheimen Mitarbeiter hatten Tarnnamen wie „Azalee“ oder „Erika“. Dieser zum Beispiel war in Wirklichkeit Erwin Wittich, 1912 geboren, der 1929 Organisationsleiter des Kommunistischen Jugendverbandes wurde und im Widerstand gegen den Nationalsozialismus aktiv war. 1945 trat er in die KPD, 1946 in die SED ein. Wittich übte seinen Dienst als Polizist in Berlin-Spandau aus. Zeitweise arbeitete er in Tiergarten, von wo aus er dem MfS Informationen lieferte: „So etwa über russische Emigranten, die mit Ballons Flugblätter in den Ostsektor abließen, deren Namen er aber nicht feststellen konnte.“ Er berichtete auch über den Studenten Otto Schmidt (SPD), der aus Bautzen stammte und in Charlottenburg lebte. Schmidt wurde festgenommen, „als er mit seiner Gruppe Flugblattballons mit antikommunistischem Agitationsmaterial abließ“. Viele der bespitzelnden Polizisten haben ihre Ehefrauen in ihre Agententätigkeit eingebunden, die oft als Kurierinnen tätig waren.

Karl-Heinz Kurras

Als Geheimer Mitarbeiter „Otto Bohl“ spionierte Kurras, dessen Agententätigkeit in einem eigenen Kapitel angeblich „ausführlich dargestellt“ werden soll. Tatsächlich sind gerade mal auf einer Buchseite einige biografische Informationen zu erfahren: 1955 nahm der 1927 in Ostpreußen geborene Polizist Kontakt mit der Staatsicherheit auf und verpflichtete sich zur informellen Mitarbeit. Schon nach seiner Entlassung aus dem sowjetischen Internierungslager Sachsenhausen hat-

te er sich 1950 in Ost-Berlin erfolglos bei der Volkspolizei beworben. Seine kurz darauf erfolgte Bewerbung bei der West-Berliner Polizei dagegen führte 1950 zu seiner Einstellung. Er arbeitete seither bei der Einsatzabteilung Charlottenburg, zum Zeitpunkt seiner Anwerbung 1955 als stellvertretender Zugführer. 1962 stellte er den Antrag zur Aufnahme in die SED. Bis zu seinen Todesschüssen auf Benno Ohnesorg am 2. Juni 1967 lieferte er zahlreiche Interna aus der West-Berliner Polizei, seit seiner Versetzung zur Abteilung I aus der Politischen Polizei. Seine zwischen 1955 und 1967 herbeigeschafften Informationen sind nachträglich vom MfS erfasst worden und auf 16 Seiten wiedergegeben: Die Auflistung beginnt mit „Informationen über festgenommene IM des MfS“ und endet mit Aufträgen wie die Ermittlung von Wohnanschriften, KFZ-Haltern usw.

In den 1950er- und 1960er-Jahren verfügte das MfS ständig zwischen 10 und 20 Agenten in der West-Berliner Polizei beziehungsweise ihrem Umfeld. Von 1950 bis 1990 haben sich über 200 Inoffizielle Mitarbeiter für die Informationsgewinnung im Umfeld der Polizei im Einsatz befunden. Bemerkenswert ist die Sammelleidenschaft des MfS-Personals: Ungeachtet, wie relevant oder irrelevant die Informationen eingeschätzt wurden, sie sollten vollständig sein, „ganz gleich welcher Qualität“.

Zur Aufhellung des Hintergrundes Exkursen in die Geschichte des 20. Jahrhunderts auf die Militärpolitik der KPD in der Weimarer Zeit bis zur Neukonstituierung der Berliner Polizei in den frühen Jahren ab 1945 unter kommunistischer Dominanz eingegangen. Natürlich spielt Erich Mielke als der „einflussreichste Kommunist, der als Berliner Polizist seine Nachkriegskarriere begann“ eine Rolle. Aber es wird auch an den Tod des Sozialdemokraten Karl Heinrich erinnert, der 1945 Kommandeur der Schutzpolizei war und im Speziallager Nr. 3 in Berlin-Hohenschönhausen ums Leben kam.

Das wohl wichtigste Ergebnis der Auswertung der MfS-Unterlagen ist die Feststellung, dass es zu keiner Zeit gelungen ist, in die Führungsebene der West-Berliner Polizei einzudringen und dort einen Agenten einzuschleusen. „Die Platzierung von Karl-Heinz Kurras beim Staatsschutz war ein herausragender Ausnahmeerfolg für den DDR-Staatssicherheitsdienst“.





WIR
SUCHEN
DICH!

DIE ULTIMATIVE HAIX HERO CHALLENGE 2016

Du bist mutig, fit und gibst alles?

Dann suchen wir zusammen mit der Redakti-
on **POLIZEIPRAXIS** genau Dich!

Zeige uns Deine Hero Qualitäten und sichere Dir Deinen Startplatz bei der HAIX Hero Challenge! Du trittst am 27.08.2016 in Nürnberg am Gelände des Stuntteams VIP Stunts gegen neun Kandidaten in unterschiedlichen Disziplinen an. Deine Übernachtung und Verpflegung übernehmen wir. Anstrengen musst Du Dich selbst. Geschicklichkeit, Kraft, Mut und Ausdauer bringen Dich zum Sieg.

Bewirb Dich bis 31.05.2016 per eMail unter
hero-challenge@polizeipraxis.de

mit Deinem Hero-Bild und ein paar Infos über Dich. Überzeuge die Jury, warum Du der/die richtige Kandidat(in) bist. Sei kreativ! Sichere Dir den Platz und greife nach dem Titel HAIX Hero 2016!

Teilnahmebedingungen unter
[www.polizeipraxis.de/
hero-challenge](http://www.polizeipraxis.de/hero-challenge)



Wie nutzen angehende Polizistinnen und Polizisten in Sachsen-Anhalt mobile Kommunikations- und Internettechnik?

Es ist keine neue Erkenntnis, dass sich die Polizei, zumindest als Organisation – im Umgang mit dem Internet und vor allem mit den sozialen Medien eher schwer tut. Mehrere Experten beschäftigten sich damit bereits. Allerdings scheint sich die Situation gerade – wenigstens ansatzweise – zu verändern. Bis etwa Anfang des Jahres gab es in Sachsen-Anhalt ein Modellprojekt der Polizeidirektion Nord zur Nutzung des Kurznachrichtendienstes Twitter; seitdem verbreiten auch die beiden anderen Polizeidirektionen Ost und Süd über dieses neue Kommunikationsmedium Informationen. Zuvor lagen entsprechende Bemühungen und Projekte – wenigstens offiziell – auf Eis, hatte das DEUTSCHE-POLIZEI-Landesjournal Sachsen-Anhalt im Juni 2015 berichtet.

Wie sich in einer kürzlich unternommenen Studien-„Momentaufnahme“ zeigte, sind soziale Medien auch unter Polizistinnen und Polizisten, also den Praktikern, durchaus umstritten; andererseits werden viele Anwendungsmöglichkeiten gesehen. Etwa drei Viertel der Befragten der genannten Studie verfügten bereits über entsprechende private und/oder berufliche Erfahrungen mit sozialen Medien. Liest man diesen Befund, so muss man stutzig werden: Wie kann es berufliche Erfahrungen mit sozialen Medien geben, wenn es – auf Organisationsebene – keine einschlägigen Projekte, Verfahrensweisen, Nutzungsregeln gibt? Werden etwa entsprechende Aktivitäten mehr oder weniger unreguliert über die Dienstrechner durchgeführt? Oder wird private Technik eingesetzt? Dies sind nur einige der weiterführenden Fragen, die aus der „Momentaufnahme“ entstanden sind. Mit der letzten hat sich – im Rahmen des Möglichen – eine studentische Arbeitsgruppe an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt auseinandergesetzt.

Studenten untersuchen

Im Rahmen ihres Bachelor-Studienganges führt die Fachhochschule in Aschersleben seit einigen Jahren sehr erfolgreich ein Modul mit dem Titel „Grundlagen polizeiwissenschaftlichen Arbeitens“ durch. Es handelt sich um ein handlungsorientiertes Seminarkonzept, an dem alle vier „Fachgruppen“ (Fachbereiche) der Hochschule – in unterschiedlichem

Ausmaß – beteiligt sind. Es folgt dem Konzept des „forschenden Lernens“, das heißt, die Studierenden werden in die durchaus anspruchsvolle Situation versetzt, innerhalb relativ kurzer Zeit ein eigenes „Mini-Forschungsprojekt“ durchzuführen, wobei sie derzeit von zwei Professoren und weiteren Lehrkräften begleitet und angeleitet werden. Handeln ist bereits Teil des Lernprozesses und findet nicht erst bei der Anwendung des Gelernten statt; Probleme, die sich in einem späteren Arbeitsprozess einstellen (können), werden tendenziell bereits hier erfahren – und, was besonders wichtig ist, reflektiert.

Privathandys für dienstliche Zwecke?

Die Studierenden treten dabei aus dem traditionellen, rein wissensorientierten und instruktionsgeleiteten (und im Ergebnis oft kurzlebigen) Belehrungszusammenhang heraus und erleben ihren Kompetenzerwerb als selbstgesteuert und prozesshaft – ganz im Sinne des wohl kaum umstrittenen Ziels des „Lebenslangen Lernens“ auch von Polizisten. Sie erwerben wichtige, über das Fachwissen weit hinausgehende Schlüsselqualifikationen, auch und gerade hinsichtlich der Verarbeitung und Präsentation von (Berufs-)Wissen.

Im Wintersemester 2015/16 hat sich eine aus vier Studierenden bestehende Gruppe mit der möglichen Nutzung privater Mobiltelefone im Dienst beziehungsweise – etwas später

präzisiert – zu dienstlichen Zwecken beschäftigt. Ausgehend von der eigenen Erfahrung – die Studierenden hatten im Praktikum ihr privates Mobiltelefon mitgeführt und benutzt sowie dessen Nutzung auch bei anderen, dienstfernen Kollegen beobachtet. Nun wollten sie wissen, in welchem Umfang, wozu und aus welchen Gründen dies geschieht.

Aufgrund der Besonderheiten des Lehrformats – die Studierenden haben nur sehr begrenzt Zeit, der Modulverlauf wird durch andere, sachfremde Lehrveranstaltungen und in der Regel durch zwei Prüfungen in anderen Modulen unterbrochen, die Studierenden können üblicherweise den Campus für die Modularbeit nicht verlassen – mussten sie sich hinsichtlich der Reichweite ihre Studie stark einschränken. So konnten zum Beispiel lediglich Studierende (Laufbahngruppe 2, 1. Einstiegsamt) und Auszubildende (Laufbahngruppe 1, 2. Einstiegsamt) befragt werden, die sich zur Zeit der Untersuchung an der Fachhochschule befanden; aus inhaltlichen Gründen mussten sie mindestens ein Praktikum durchlaufen haben, sonst hätten sie keine Erfahrungen mit der dienstlichen Nutzung privater Mobilfunktechnik haben können. Damit waren keinesfalls – und darüber waren sich die Studierenden durchaus im Klaren – etwa Aussagen über „die Polizei“ oder auch nur „die Polizei des Landes Sachsen-Anhalt“ möglich; die Reichweite und vor allem die Verallgemeinerung der Daten waren naturgemäß eingeschränkt.

Dennoch haben die Ergebnisse durchaus einen Wert, können sie doch als Ausschnitts-Darstellung, als „Blitzlicht-Aufnahme“, der Situation gelesen werden. Um gegebenenfalls Schlüsse oder gar Leitungsbeziehungsweise strategische Entscheidungen zu treffen, müsste die Studie selbstverständlich auf eine statistisch belastbare Basis gestellt werden.

Fast alle haben ihr Handy immer im Dienst dabei

Was hat nun die „Blitzlicht-Aufnahme“ ergeben? Von 234 Befragten gaben 190 rechtzeitig für die Auswertung ihre Antwort ab (das sind 81,5 Prozent), ein recht guter Rücklauf, der



FÄLLE ZUM STRAFRECHT FÜR POLIZEIBEAMTE

mit Lösungsskizzen, Musterlösungen und Bearbeitungshinweisen

Von **Barbara Blum, Frank Hofmann, Eva Kohler.**

1. Auflage 2015

Umfang: 296 Seiten

Format: Broschur, 16,5 x 24 cm

Preis: 24,90 € [D]

ISBN: 978-3-8011-0765-9

Dieser Band stellt die strafrechtlich relevanten Studieninhalte fallbezogen dar. Dadurch erhalten die Studierenden konkrete Hilfestellungen, wie Klausuren im Gutachtenstil aufgebaut und formuliert werden. Im Rahmen des Selbststudiums können die Fälle zunächst selbst gelöst und anschließend mit der Musterlösung abgeglichen werden.

Das Buch beinhaltet:

- 27 Fälle mit unterschiedlichem Schwierigkeitsgrad,
- ausführliche Lösungsskizzen zu jedem Fall,
- sämtliche Falllösungen im Gutachtenstil,
- weiterführende Hinweise zur Klausurtaktik und zu häufigen Klausurfehlern,
- prägnante Darstellung wichtiger Streitstände,
- Konzentration auf die für den Polizeiberuf relevanten Delikte.

Zusammen mit den beiden VDP-Büchern „Strafrecht für Polizeibeamte“ Bd. 1 und Bd. 2 erhalten Studierende des Bachelor-Studienganges für den gehobenen Polizeidienst damit das Wissen zum Themenkomplex Strafrecht, welches für eine effektive Prüfungsvorbereitung und eine erfolgreiche Bewältigung des polizeiwissenschaftlichen Studiums notwendig ist.



DIE AUTOREN

Dr. Barbara Blum, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Bielefeld.

Dr. Frank Hofmann, Professor für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Abteilung Münster.

Dr. Eva Kohler, Professorin für Straf- und Strafprozessrecht an der FHöV NRW, Studienort Dortmund.



VERLAG DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Buchvertrieb

Forststraße 3a · 40721 Hilden · Telefon 0211 7104-212 · Telefax 0211 7104-270
service@vdpolizei.de · www.vdpolizei.de

Weitere Informationen, Leseproben und Bestellmöglichkeit unter: www.vdpolizei.de

zweifelsohne der Tatsache geschuldet ist, dass hier Studierende anderen Studierenden bei der Bewältigung einer Studienaufgabe behilflich waren. Von diesen führten 83,6 Prozent ihr privates Mobiltelefon im Dienst (zur Erinnerung: Es handelte sich um mindestens ein Praktikum) immer mit sich, immerhin 10,1 Prozent führten das Telefon „oft“ mit, 3,2 Prozent hatten „gelegentlich“, jeweils 1,6 Prozent „selten“ oder „nie“ ein privates Mobiltelefon dabei – wobei bei den letztgenannten nicht sicher entschieden werden kann, ob sie möglicherweise gar kein Gerät besaßen (was allerdings mit Blick auf die allgegenwärtige Nutzung an der Fachhochschule nicht sehr wahrscheinlich erscheint). Frauen nahmen ihr Mobiltelefon übrigens etwas häufiger mit zum Dienst als Männer, nämlich zu 98 Prozent gegenüber 92,2 Prozent der männlichen Kollegen.

Stützt man sich nur auf diejenigen, die ihr Mobiltelefon mindestens „oft“ im Dienst bei sich führten, so ergibt sich, dass knapp 95 Prozent der Studierenden in den Praktika regelmäßig über die Möglichkeit verfügten, die Funktionen mobiler Telekommunikationstechnik zu nutzen – zählt man die mindestens „gelegentlich“ Mitführenden hinzu, so waren es sogar 98,4 Prozent.

Smartphone – Soziale Medien?

Von besonderem Interesse ist heute vor allem die mögliche Nutzung von Internet-basierten Diensten (Webseiten, soziale Medien wie Facebook, Messenger-Dienste wie WhatsApp und Twitter) und sonstigen Anwendungen, und weniger die „klassische“ Telefonie über Mobilfunktechnik. Allerdings spielt auch diese für junge Menschen durchaus noch eine Rolle – die Grenzen zwischen den verschiedenen Nutzungsmöglichkeiten verschwimmen allerdings zunehmend, ebenso wie die zwischen „offline“ und „online“, wie eine Grundlagen-Studie des Heidelberger SINUS-Instituts 2014 ergab. Die Befragten konnten denn auch fast alle diese Funktionen nutzen: 97,9 Prozent derjenigen, die ein Mobiltelefon im Praktikum mitführten, gaben an, dass es sich dabei um ein Smartphone gehandelt hatte, mit dem der Weg ins Internet offensteht.

Nun lässt sich einwenden, dass das Mitführen eines Smartphones im

Dienst noch nicht bedeutet, dass man es auch für dienstliche Zwecke nutzt – man kann ja auch damit nach Hause telefonieren, um zum Beispiel eine Überstunde und Verspätungen durchzugeben. Die Studierenden im Projekt erkannten diese Möglichkeit ebenfalls und fragten deshalb direkt nach der dienstlichen Nutzung.

Beim Antworten fällt zunächst eines auf: Der wichtige Bereich der sozialen Medien wurde in der Umfrage nicht extra angesprochen. Dies war während der Projektlaufzeit auch den Betreuern nicht aufgefallen, so dass hier auf eine explizite Aussage dazu verzichtet werden muss.

Es ist jedoch kaum vorstellbar, dass soziale Netzwerke im engeren Sinne keine Rolle gespielt hätten, nutzten doch 61 Prozent der hier relevanten Altersgruppe zwischen 14 und 29 Online-Communities wie Facebook, was Ergebnis einer 2015 veröffentlichten ARD/ZDF-Onlinestudie war.

Navigieren mit GPS

Die Probanden durften bei der Frage nach den dienstlich eingesetzten Funktionen Mehrfachantworten geben. Am häufigsten genutzt wurden demzufolge die privaten Mobiltelefone für die Navigation, also die Orientierung mit Hilfe der eingebauten GPS-Funktion (83,2 Prozent), dicht gefolgt von der Nutzung von „Anwendungen und Apps“ mit 78,3 Prozent – dies könnte die Nutzung von sozialen Medien beinhalten, belegen lässt sich das leider nicht mehr. Die „klassische“ Telefonie kommt immerhin auf den dritten Platz mit 72,8 Prozent der Nennungen, gefolgt vom Versenden von Nachrichten mit 53,8 Prozent – es wurde nicht differenziert gefragt, aber Messenger-Dienste wie WhatsApp dürften hier eine prominente Rolle gespielt haben – 83 Prozent der betroffenen Altersgruppe nutzen regelmäßig solche Dienste (die ebenfalls häufig zu den sozialen Medien gezählt werden).

40,8 Prozent der Befragten benutzten das Mobiltelefon als Taschenrechner, 40,2 Prozent zum Fotografieren, 29,4 Prozent als Taschenlampe und 19,6 Prozent zum Versenden von Mediendateien (Videoclips, Fotos, Sprachaufnahmen ...?). Auf „sonstige“ Nutzungsformen entfielen 6,5 Prozent der Antworten. Es sei noch einmal da-



DP-Autor Prof. Dr. Peter Löbbecke hat Erwachsenenpädagogik und Soziologie studiert. Er lehrt Kommunikationswissenschaften an der Fachhochschule Polizei Sachsen-Anhalt. Der Wissenschaftler befasst sich seit einigen Jahren intensiv mit der Frage der (möglichen) Nutzung sozialer Medien durch die Polizei. Foto: Jens Hüttich

ran erinnert, dass explizit nach einer dienstlichen Nutzung gefragt war – was die Frage aufwirft, warum nicht die „üblichen“, dienstlich gelieferten Funkgeräte, Taschenlampen, Fotoapparate und so weiter genutzt wurden. Auch auf diese Frage gibt die studentische Studie eine Antwort (wieder waren Mehrfachantworten möglich).

FEM oft Fehlanzeige

Auf den ersten Blick waren die Studierenden Beamten schlicht pragmatisch orientiert: Das Smartphone war „meist/immer dabei“, meinten 67,7 Prozent der Befragten. Weniger beruhigend muss jedoch die zweithäufigste Antwort wirken: 57,1 Prozent meinten, es wäre „für die Funktion kein Führungs- und Einsatzmittel (FEM) vorhanden“ gewesen. Wenn dies so gewesen sein sollte, dann hätten die Studierenden und Auszubildenden subjektiv empfundene Ausrüstungsmängel auf eigene Kosten und mit privatem Material ausgeglichen; es steht zu hoffen, dass die Verfüg- und Erreichbarkeit einschlägiger Ausrüstungsteile lediglich (noch) nicht bekannt war. An dritter und vierter Stelle standen die Auffassungen, mit der eigenen Technik sei „die (gerade benötigte) Funktion schneller abrufbar/nutzbar“ (56 Prozent; dies kann da-



Zu: 19. Europäischer Polizeikongress, DP 4/16

Zum Bericht möchte man gerne hinzufügen: Eine der vielen tibetischen Gebetsmühlen, die sich schon seit Jahren drehen ...

Dem ist nichts mehr hinzuzufügen, und diese werden sich weiterdrehen.
Eberhard Sussiek, Hamburg

Zu: Forschung, DP 4/16

Martin Zink befasst sich dankenswerter Weise mit der Rolle der Polizeiwissenschaft in der Polizei. Seinem Fazit stimme ich uneingeschränkt zu: „Es zeigt sich, dass Polizeiwissenschaft

in Deutschland durchaus aktiv, aber Hemmnissen unterworfen ist. In deren Schatten wird es auf Jahre nicht möglich sein, die durch die Polizeiwissenschaft erkannten und potenziell gewinnbringenden Erkenntnisse für die Polizei nutzbar zu machen, da es aktuell am Wollen der Polizeiwissenschaft durch (weite und entscheidende, d. Verf.) Teilbereiche der Polizei fehlt.“ (S. 37). „Das bedeutet, dass Entscheidungen auf Basis von möglicherweise nicht validen Erkenntnissen getroffen werden.“ (S. 35).

Ich bin seit fast 40 Jahren als Polizeibeamter in NRW tätig, davon über 30 in „schutzpolizeilichen“ Funktionen der mittleren Führungsebene (EPHK + Dipl. Verwaltungswirt FH). Daneben habe ich im Hauptfach Politologie und in den Nebenfächern Soziologie

und Rechtswissenschaften studiert und als Bachelor, Magister und Dr. phil. abgeschlossen. Hier gilt mein sozialwissenschaftliches Interesse der „Polizeipolitik“, insbesondere den „Polizeigewerkschaften“ und „empirischen polizeilichen Problemlösungen“. Somit verfüge ich über einschlägige Erfahrungen als „Polizeipraktiker“ und als „Polizeiforscher“. Auf dieser Basis möchte ich die Aussagen des Autors anhand einiger von mir selbst erlebter Beispiele untermauern:

- Bei statistischen Auswertungen greifen die Behörden fast ausschließlich auf das arithmetische Mittel als Parameter zurück. Dass dessen Aussagekraft bei zu großer Streuung der einzelnen Werte vollkommen ungeeignet ist, wird zwar verstanden, aber für die Praxis

FORSCHUNG

rauf verweisen, dass man das Telefon immer in der Tasche hat, aber auch darauf, dass die Leistungsfähigkeit privater Technik als höher angesehen wird.) beziehungsweise man sei damit „besser vertraut“ oder die Technik sei „handlicher“ (51,1 Prozent).

Immerhin knapp ein Drittel der Befragten (32,4 Prozent) verwiesen auf die „bessere Qualität“ (zum Beispiel des Empfangs oder der Abbildung) der privaten Technik sowie darauf, dass mit ihr „Information schneller zum Adressat“ gelangt und (Um-)Wege zur Dienststelle vermieden werden. In diesen Kontext gehört auch, dass 16,5 Prozent der Befragten die private Technik für „zuverlässiger als (ein) vorhandenes FEM“ hielten.

Für 19,2 Prozent der Probanden war wichtig, dass sie mit ihren privaten Geräten „nicht gestört“ werden. 5 Prozent hatten ihr(e) FEM nicht dabei, 6,6 Prozent gaben weitere, von den Projektmitgliedern nicht vorgesehene Gründe an.

Nutzer soziale Medien warten nicht auf passende Einsatzmittel

Hatte die eingangs genannte Studie zu „Soziale(n) Medien im polizeilichen Alltag“ bereits ergeben, dass „die sozialen Medien längst in der Polizei angekommen sind“, die Nutzung sozialer Medien im Dienst und zu

dienstlichen Zwecken bereits vielfach geübte Praxis ist, so zeigt sich hier, dass die Nutzung der entsprechenden Hardware nicht darauf wartet, bis geeignete und leistungsfähige Geräte dienstlich geliefert werden.

Bedauerlicherweise hat die Studie nicht explizit Facebook oder Twitter und so weiter adressiert, so dass eine direkte Anbindung an die oben genannte Studie nur mittelbar möglich ist. Auch zeigen die angesprochenen Nutzungsarten, dass Smartphones für eine Vielzahl von Internet-unabhängigen Funktionen eingesetzt werden. Es wäre jedoch naiv, anzunehmen, dass Polizisten, die die entsprechende Technik im Dienst verfügbar haben und nutzen, nicht auch alle ihre Möglichkeiten einsetzen würden.

Der Befund aus der ersten Studie kann also erweitert werden: Die sozialen Medien sind nicht nur längst in der Polizei angekommen – die studentische Studie legt den Schluss nahe, dass auch die erforderliche technische Ausstattung bereits mehr oder weniger flächendeckend auf den Streifenwagen mitfährt und in den Uniformen neben den Dienstaussweisen steckt.

Davor die Augen zu schließen, wäre bedrohlich – weniger für die Öffentlichkeit, ein Stück weit für die Organisation Polizei, aber vor allem für die Beamtinnen und Beamten im aktiven Dienst. Die Organisation verfügt nach wie vor – mit regionalen und vor allem personenbezogenen Unterschieden –

über wenig bis kein Organisationswissen über die sozialen Medien, und die entsprechenden Ängste dürften ebenso weiter bestehen. Diese Situation scheint sich, wie eingangs festgestellt, langsam zu ändern. Bis zu einer tiefgreifenden Veränderung aber bleiben die durchaus bedrohlichen Risiken bestehen, die die Polizei jederzeit in eine unbekannte, unbeherrschbare Situation bringen können.

Achtung: Ungeregelter Bereich!

Für den individuellen Polizisten ist die Lage noch viel bedrohlicher: Er bewegt sich spätestens mit der Nutzung seiner privaten internetbasierten Möglichkeiten (lassen wir die Taschenlampenfunktion und ähnliches hier einmal unbeachtet) in einem bis dato noch weitgehend unregulierten Bereich, in dem die Möglichkeiten eines gesteigerten Arbeitserfolges den Gefahren einer unter Umständen nicht rechtlich abgedeckten, möglicherweise auch gar nicht absehbaren Handlungsfolge gegenüberstehen.

Die technischen Möglichkeiten sind in der Welt – und in der Polizei – und sie werden genutzt, sowohl innerhalb als auch außerhalb der Organisation. Die gelebte Wirklichkeit wurde durch das Projekt anschaulich dargestellt. Sie zu ignorieren wäre unverantwortlich.



ignoriert. Dieser Mittelwert wird regelmäßig für Prognosen benutzt. Auch wenn man hier nachweist, dass es geeignetere Berechnungsmethoden gibt, zum Beispiel Regression oder Trendanalyse, wird an dem nicht validen Mittelwert festgehalten.

- Bei einer geplanten und teils bereits durchgeführten Untersuchung auf Behördenebene durch eine eigene Projektgruppe wird eine übergeordnete Institution zur Begleitung und Unterstützung herangezogen, die die bereits gewonnenen Ergebnisse der Behörde als wissenschaftlich nicht haltbar bewertet. Es folgt die „inoffizielle“ Infragestellung meiner Kompetenz als Projektleiter. Hierzu weist man meine Vorgesetzten auf einen in einer Fachzeitschrift von mir veröffentlichten Artikel hin, dessen statistische Methodik von einem Autor einer übergeordneten Institution in einer Replik als wissenschaftlich unbrauchbar bewertet wurde. Nach und nach übernimmt die übergeordnete Institution die Federführung des Projekts und wertet die Ergebnisse der Untersuchung aus. Man kommt dann nach Analyseabschluss im Wesentlichen zu den gleichen Erkenntnissen, die wir „Dilettanten“ bereits festgestellt hatten. Lediglich in einem Punkt widerspricht das Ergebnis unserem. Dies liegt daran, dass wir Individualdaten analysiert hatten, während jetzt Aggregatdaten analysiert wurden. Nach meiner Auffassung, die ich auch dargelegt habe, führt das Aggregieren zu einem falschen Ergebnis (Artefakt). Auf diese Kritik wurde nie eingegangen. Auf die Infragestellung meiner Kompetenz, die man durchaus hinterfragen darf, wurde ich selbst von den „Hinweisgebern“ nie angesprochen.

- Wie jedes Jahr veröffentlicht das Ministerium in der Zeitschrift „Streife“ eine statistische Auswertung zu einem polizeilichen Aufgabenbereich. Es wird insbesondere die positive Entwicklung des Bereichs in NRW infolge polizeilicher Maßnahmen in Schrift und mittels Diagrammen dargestellt. Mir fallen „Ungereimtheiten“ auf: So werden Daten für das Bundesgebiet verglichen, ohne zu berücksichtigen, dass sich die Anzahl der Länder geändert hat (1957 kommt das Saarland dazu; 1990 die neuen Bundesländer). Die Zeitintervalle sind unterschiedlich: Einmal werden Jahreswerte angegeben, das andere Mal Periodenwerte aufgeführt und mit den Jahreswerten verglichen. Die Ent-

wicklung in NRW wird als führend unter den Ländern behauptet, ohne die in der BRD insgesamt zu berücksichtigen. Die Behauptung, dass die polizeilichen Maßnahmen ursächlich für den Rückgang sind, wird nicht belegt. In einem „privaten“ Leserbrief lege ich meine Sichtweise dar. Dass ich Polizeibeamter bin, erwähne ich dabei nicht. Nach Wochen erhalte ich eine „persönliche Einladung“ ins Ministerium, die an meine Dienstadresse geht. Der „Abteilungsleiter“ wolle mit mir meine Ansichten „diskutieren“. Zeitgleich geht eine Weisung an meine Behörde, dass ich zu dem „dienstlichen Termin“ zu entsenden bin. Im Ministerium erwartet mich ein Mitarbeiter der Abteilung. Die Diskussion stellt sich als Monolog dar. Zuerst wird die Frage in den Raum gestellt, wie es sein könne, dass ein Dienststellenleiter die Wirkung polizeilicher Maßnahmen in Frage stelle. Dies war nie meine Meinung und wurde von mir auch in dem Leserbrief nirgendwo behauptet. Dann wird mir mitgeteilt, dass, wenn es „Ungereimtheiten“ in der ministeriellen Darstellung gäbe, diese dem Ministerium schon längst aufgefallen wären. Hier bedürfe es nicht einer Überprüfung durch andere. Später wird eingeräumt, dass es vielleicht nachrangige Verbesserungsmöglichkeiten in der Darstellung der Ergebnisse gäbe. Insgesamt bestünde aber kein Grund für Änderungen. Schließlich werde ich darauf hingewiesen, dass man sich bezüglich des Artikels in der „Streife“ jederzeit an die verantwortliche Abteilung wenden könne. Es sollte aber nicht gleich ein Leserbrief an die Redaktion geschickt werden. Im nächsten Jahr erscheint besagte Statistik erneut. Meine Kritikpunkte werden bei den Ausführungen größtenteils berücksichtigt.

- Für einen Vergleich von Polizeistärke und Aufklärungsquote habe ich die Innenministerien angeschrieben und um aktuelle Stärkezahlen gebeten. Wenige haben sofort und umfassend geantwortet, einige erst auf Nachfrage. Ein Ministerium teilte mit, man verfüge selbst über keine diesbezüglichen Zahlen (!?), andere haben sich trotz Nachfrage gar nicht gemeldet.

- Durchweg sehr gute Erfahrungen habe ich mit der Deutschen Hochschule der Polizei gemacht. Hier wurden bislang alle Nachfragen und Bitten um Zurverfügungstellung von Literatur durch Doris Kock von der Hochschulbibliothek positiv beschieden.

- Die gleichen positiven Erfahrungen habe ich mit der GdP-Dokumentationsstelle gemacht. Hier haben mich Jenny Zier und Petra Kühl jederzeit bei der Literaturrecherche und der „Ausleihe“ von Literatur unterstützt.

- Meine Erfahrungen mit den Polizeigewerkschaften sind unterschiedlich: Als ich 2008 eine Monographie über die Landesverbände der Polizeigewerkschaften in NRW plane, erklärt sich lediglich die GdP bereit, mich zu unterstützen. Die anderen lehnen eine solche ab oder reagieren gar nicht. Mit Hilfe des GdP-Landesbezirks NRW, insbesondere Dieter Goertz, kann ich eine Monographie über die GdP-NRW abschließen. Mein Ansinnen, die Arbeit durch die Verlagsanstalt der GdP zu veröffentlichen, wird aus „wirtschaftlichen Gründen“ jedoch abgelehnt. Man könne mit derartigen Büchern leider kein Geld verdienen. Die Arbeit wird im Folgejahr von einem „Polizeiverlag“ veröffentlicht. In einer Rezension der GdP-Zeitschrift „DEUTSCHE POLIZEI“ wird die Monographie als „Standardwerk über die Geschichte der GdP“ bezeichnet.

Mittlerweile erklären sich auch BDK, DPolG und bgv bereit, Unterstützungen bei Monographien oder Aufsätzen zu leisten und haben dies, wenn auch in unterschiedlicher Intensität, getan. Veröffentlichungen in ihren eigenen Verlagen beziehungsweise Verbandszeitschriften wurden bislang immer abgelehnt.

- Was die grundsätzliche Möglichkeit der Veröffentlichung von Monographien anbelangt, ist es sehr schwer, einen interessierten Verlag zu finden. Sehr gute Erfahrungen habe ich mit dem „Verlag für Polizeiwissenschaft“ und der „Deutschen Gesellschaft für Polizeigeschichte“ gemacht. Bei Aufsätzen ist es nicht ganz so schwer. Zumeist findet sich eine bekannte Fachzeitschrift, die sich zur Veröffentlichung bereit erklärt.

Abschließend möchte ich festhalten: Wer sich als Praktiker und/oder Wissenschaftler mit der Polizei befasst, braucht eine hohe Frustrationstoleranz. Als Rheinländer lautet daher mein Motto: „Loss de moot net senke!“

Dr. Manfred Reuter, Hennef





Nicht nur für Senioren: Das neu erstellte GdP-Programm „APS-Vorsorge“

Viel Mühe haben sich die Mitarbeiter der Bundesgeschäftsstelle und auch der Bundesseniorenvorstand gegeben, um das „ins Alter gekommene“ APS-Programm zu aktualisieren und neu aufzulegen, es wurde sozusagen runderneuert. So wurde einerseits für die „Papier-Liebhaber“ eine neue Broschüre „APS-Vorsorge“ gedruckt und an die Bezirke und Landesbezirke versandt, andererseits wurde das Programm im Internetauftritt der GdP neu eingestellt.

Das APS war in seiner ersten Ausgabe vor vielen Jahren als „Aktiv Programm für Senioren“ gestaltet und herausgegeben worden. Es war jedoch bald erkennbar, dass es auch jede Menge hilfreiche Informationen, Hinweise und Unterlagen enthält, die auch für die „Aktiven“ im Polizeiberuf von Bedeutung sind: Hinweise zu gesunder Ernährung, für körperliche Fitness, zum Thema Erben und Vererben wenden sind nicht nur an Seniorinnen und Senioren, sondern an alle Frauen und Männer, die „mitten im Leben“ stehen. Die Broschüre hat deshalb auch den Untertitel „Ratgeber für Aktive, Rentner und Pensionäre“.

Wie kommt man an diese wertvollen Informationen: Die Papierausgabe – also die Broschüre „APS-Vorsorge“ – ist in den Bezirken und Landesbezirken vorhanden und kann dort angefordert werden oder wurde bereits an die Untergliederungen (Bezirksgrup-

pen, Kreisgruppen) weiter verteilt. Die digitale Präsentation kann man im Internetauftritt der Bundes-GdP im Mitgliederbereich finden. (Wer noch kein Passwort für den Zugang hat: beim Öffnen der Mitgliederseite auf der Startseite der GdP ist beschrieben, wie man dieses erhält.)

Also: Nach Aufruf der Internet-Seite www.gdp.de den Link „Zur Bundesseite“ anklicken. Auf der sich öffnenden Seite in der Übersichtsleiste „Mitgliederbereich“ anklicken. Dann Benutzernamen und Passwort eingeben; auf der sich dann öffnenden Seite erscheint links oben ein Inhaltsverzeichnis, dort findet man „APS“. Jetzt erscheint eine Inhaltsübersicht des APS-Programms, in der man ausgiebig „surfen“ sollte, da sich jetzt eine große Menge an Informationen finden lässt. Beim ein oder anderen Anklicken findet man auch digital hinterlegte Broschüren (zum Beispiel beim Anklicken von

Vorsorgemöglichkeiten/-unterlagen die digital eingestellte neue Broschüre „APS-Vorsorge“; beim Anklicken von „Grundsätzliches“ und auf der nächsten Seite „Vorwort Vorsitzender Seniorengruppe Bund“ ist auf der sich öffnenden Seite die Broschüre „Vorbereitung auf den Ruhestand“ hinterlegt). Es gibt auch Verlinkungen zu Informationen anderer Einrichtungen (zum Beispiel beim Anklicken von „Gesund leben, gesund essen“ öffnet sich auf der nächsten Seite eine Information der „Bundesarbeitsgemeinschaft der Seniorenorganisationen /BAGSO“ mit „Gesundheitsregeln“). Das eine oder andere Stichwort unter der großen Menge der Inhaltsangaben ist derzeit noch nicht mit weiteren Informationen hinterlegt oder an anderer Stelle gibt es dazu bereits Erläuterungen.

Für nahezu jeden Lebensabschnitt, für viele Lebenssituationen und Ereignisse bietet die „APS-Vorsorge“ wertvolle Hinweise, Informationen und Unterlagen. Also, liebe Mitglieder, nutzt es auch. Schaut mal rein, macht Euch kundig und ihr habt im wahrsten Sinne eine „Lebenshilfe“, die Euch eure GdP kostenlos bietet.

H. Werner Fischer



Deutsche Polizei

Nr. 5 • 65. Jahrgang 2016 •
Fachzeitschrift und Organ der
Gewerkschaft der Polizei



Erscheinungsweise und Bezugspreis:
Monatlich 2,90 EURO
zuzüglich Zustellgebühr.
Bestellung an den Verlag.
Für GdP-Mitglieder ist der
Bezug durch den
Mitgliedsbeitrag abgegolten.

Herausgeber: Gewerkschaft der Polizei, Bundesvorstand,
Stromstr. 4, 10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 0
Fax: (030) 39 99 21 - 200
Internet: www.gdp.de

**Redaktion DEUTSCHE POLIZEI/Internetredaktion/
Pressestelle**
Chefredakteur/Pressesprecher: Rüdiger Holecek (hol)
CvD: Michael Zielasko (mzo), Wolfgang Schönwald (wsd)
Redaktionsassistent: Johanna Treuber
Gewerkschaft der Polizei, Pressestelle, Stromstraße 4,
10555 Berlin
Telefon: (030) 39 99 21 - 113, - 117
Fax: (030) 39 99 21 - 200
E-Mail: gdp-pressestelle@gdp.de
Grafische Gestaltung & Layout:
Rembert Stolzenfeld, Dipl.-Designer

Die unter Verfassernamen erschienenen Artikel stellen nicht in jedem Fall die Meinung der Redaktion dar. Für unverlangt eingesandte Manuskripte kann keine Gewähr übernommen werden. Die Redaktion behält sich vor, Texte zu kürzen und redaktionell zu bearbeiten.

In DEUTSCHE POLIZEI veröffentlichte Beiträge werden ggf. auf www.gdp.de und GdP-APP verbreitet.



**VERLAG
DEUTSCHE POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung**
**Ein Unternehmen der Gewerkschaft
der Polizei**
Forststraße 3a, 40721 Hilden
Telefon Düsseldorf (0211) 7104-183
Fax (0211) 7104-174 **E-Mail** av@vdp.polizei.de

Geschäftsführer:
Bodo Andrae, Joachim Kranz

Anzeigenleiterin:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 38
vom 1. Januar 2016.



Druckauflage dieser Ausgabe:
179.250 Exemplare
ISSN 0949-2844

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co.KG,
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern,
Postfach 1452, 47594 Geldern,
Telefon (02831) 396-0,
Fax (02831) 89887

Titel

Fotos:
rtn radio tele nord/dpa
und adpic
Gestaltung:
Rembert Stolzenfeld



Praktisch – nicht nur für unterwegs!



Design-Taschenmesser „Wave“

- Eloxierte Griffschalen aus Aluminium
- Klinge (Klingenlänge 9 cm)
- rostfreier Edelstahl 440
- Klingen-Arretierung
- Maße: ca. 12,5 x 3,5 x 1,6 cm (geschlossen)

258605



21,95 €

27,95 €

Stirnleuchte „Front Power“

- umschaltbar 1 CREE LED / 3 LED
1 CREE XQ-E LED (113 Lumen) 50% / 100%
3 LED (11 Lumen) 50% / 100%
- Gehäuse aus schlagfestem Kunststoff
- Eigengewicht 71g (inkl. Batterien)
- Neigungswinkel des Lampenkopfes mehrfach verstellbar
- Lichtmodus: CREE XQ-E LED 24 Stunden Leuchtdauer, 3 LED Leuchte 48 Stunden Leuchtdauer
- Inkl. 3 AAA Batterien
- Maße: ca. 6,6 x 4,5 x 3,2 cm



258705



11,95 €

14,95 €



LED Leuchte „Challenger“ mit Signallicht

- Leuchte (70 Lumen) mit Aluminium-Griffschalen
- drei verschiedene Leucht-Modi 100%, 50%, Signalfunktion
- Fokussierbarer Lichtstrahl
- Brenndauer bei 50 % Leuchtfunktion bis zu 9 Stunden
- glatte Klinge (Klingenlänge 6 cm) aus rostfreiem Edelstahl
- gezahnte Klinge (Klingenlänge 6 cm) aus rostfreiem Edelstahl
- jeweils separates Arretierungen der beiden Klingen
- integrierte Kfz-Notfallhammer zum Zerschlagen von Autoscheiben
- Inkl. 1 AA Batterie
- Maße: ca. 13 x 2,8 cm

258805



16,95 €

21,95 €

Letzter Bestelltermin ist: 31.5.2016

Wichtig: Bei Auftragswert unter 100,- Euro zuzüglich 4,50 Euro Porto- und Versandkosten. Nutzen Sie den Vorteil einer Sammelbestellung.



**ORGANISATION- UND SERVICE-GESELLSCHAFT
DER GEWERKSCHAFT DER POLIZEI MBH**

Postfach 309 • 40703 Hilden • Tel.: 02 11/7104-168 • Fax: -4165
osg.werbemittel@gdp.de • www.osg-werbemittel.de

Weitere Produkte finden Sie unter: www.osg-werbemittel.de oder fordern Sie unseren kostenlosen OSG-Werbemittelkatalog an.

Top-Kredit für Polizisten.

- ▶ Sonderzins für Polizisten und den öffentlichen Dienst
- ▶ Lange Laufzeiten bis 144 Monate
- ▶ Hohe Beträge bis 100.000 €
- ▶ Jederzeit kostenfrei anpassbar in Rate, Laufzeit und Sondertilgung

Informieren Sie sich jetzt:

☎ 030/285 35-200
Stichwort: Polizei

🌐 www.abkbank.de/polizeikredit

✉ **ABK ALLGEMEINE
BEAMTEN BANK AG**
Invalidenstraße 28
10115 Berlin



Für den Öffentlichen Dienst. Und für Sie.

 **Allgemeine
Beamten Bank**